Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kreßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 32. Halle, Donnerstag den 7. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Zu den Friedensverhandlungen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Heute sind unsre und die österreichisch-ungarischen Unterhändler wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Mit Spannung aber mit Ruhe sieht das deutsche Volk auf den Wiederbeginn der Verhandlungen in Brest. Mit der Ukraine schreiten die Verhandlungen in gutem Tempo weiter fort. Gelingt es, einen Abschluß mit der Ukraine zustande zu bringen, so kann die Entwicklung der Friedensverhandlungen mit Herrn Trotzki uns gleichgültig sein. Verscherzt sich Herr Trotzki durch mangelnden Friedenswillen seinerseits die letzte Möglichkeit, die ihm für den Frieden und damit für eine Erlösung des unter dem Kriege zusammenbrechenden Rußland gegeben ist, so werden nicht die Mittelmächte, sondern Trotzkis eigne Partei und das aus tausend Wunden blutende russische Volk die Rechnung zu bezahlen haben.

Weiter schreibt das genannte Blatt unter der Ueberschrift: „Die neue Verhandlungsphase in Brest": Unsere Diplomaten haben bis jetzt Herrn Trotzki äußerste Geduld und weitestes Entgegenkommen bewiesen, um der Russen Gelegenheit zu geben, durch einen Frieden der Versöhnung und der Verständigung im Wege des Kompromisses zu einer für beide Völker befriedigenden Lösung zu kommen. Die bisherigen Verhandlungen und der begleitende Chorus der russischen Funksprüche zeigten nicht, daß die Russen dieses Entgegenkommen und diese Geduld zu würdigen verstanden hätten. Ein Gipfelpunkt der Entstellung ist es, wenn Trotzki jetzt nach Petersburg telegraphiert, daß die Deutschen die Verhandlungen verschleppen.

Trotzki reist nach Petersburg?

Die Petersburger Pravda schreibt, daß Trotzki in den nächsten Tagen vorübergehend wieder in Petersburg erwartet werde, um an den wichtigen Beratungen des Kongresses der Semstwoverbände Rußlands teilzunehmen.

Die Auflösung an der russischen Front.

Die Aufrufe Krylenkos zum heiligen Krieg gegen den deutschen Imperialismus brachte bisher nur ganz negative Resultate. Die Pravda spricht ihr Bedauern aus, daß an der ganzen Front eine durch gänzliche Apathie und einen Mangel an Vaterlandsliebe hervorgerufene völlige Desorganisation herrscht. Die Flucht und Desertion der russischen Offiziere und Soldaten von der Front wächst ständig und ist nicht mehr aufzuhalten. Die Soldaten verkaufen, wie auch schon anderweitig berichtet wurde, die Pferde, Wagen, das Geschirr und überhaupt das ganze tote und lebende Inventar. Das durch den Verkauf erlangte Geld teilen sie gewissenhaft untereinander. Minderwertige Pferde, die frei herumlaufen und kein Futter bekommen, sondern sich von Moos und Baumrinde nähren müssen, werden zu 3 bis 5 Rubel verkauft. Die Soldaten erkennen jetzt auch keine Behörden, keine Vorgesetzten, ja nicht einmal die eignen revolutionären Organisationen an. An manchen Stellen rücken ganze Abteilungen von der Front ab und das revolutionäre Komitee bemüht sich vergebens, diese Abteilungen aufzuhalten. Jeder Versuch, die Soldaten durch Versprechungen zu halten, ist umsonst.

Auflösung auch der Kaukasusfront.

Aus Konstantinopel meldet die Agentur Milli: Nach Abschluß des Waffenstillstandes mit der russischen Armee an der Kaukasusfront war abgemacht worden, daß die den Vertrag schließenden Parteien die Bedingungen des Waffenstillstandes bis zur Beendigung der Verhandlungen in Brest-Litowsk strengeinnehalten sollen. Trotzdem ist festgestellt worden, daß die Truppen der Kaukasusarmeen anfangen, die Abgrenzungslinie vor unserer Front mit ihren Quartieren zu verlassen, und daß sie sich zu Land und Wasser ins Innere Rußlands zurückziehen. Unter Ausnutzung dieses Beginnens der Räumung der besetzten Gebiete seitens der russischen Truppen haben die eingeborenen Armenier und diejenigen, die zu den russischen Einheiten gehörten, mit ihren Waffen die Fluchtergriffen, um in den erwähnten Gebieten zurückzubleiben, und schicken sich an, die Einwohner osmanischer Herkunft, die sich dort befinden, und namentlich das muselmanische Element zu verfolgen.

Bukowinaer nach Brest-Litowsk.

In Lemberg traf eine russische Truppenabordnung auf dem Wege von der Bukowinaer Front nach Brest-Litowsk ein. An der Spitze steht ein junger Fähnrich Sofrnov, der bei Ausbruch der Bolschewiki-Revolution zum Armeekommandanten ernannt wurde.

Die Verbindung zwischen Brest-Litowsk und Petersburg unterbrochen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet unter dem 6. Februar: Seit vier Tagen sind die direkten telegraphischen Verbindungen mit Brest-Litowsk unterbrochen, und bisher ist keine amtliche Meldung über die Friedensverhandlungen veröffentlicht worden.

Pariser Arbeiter für den Frieden.

Genf, 7. Februar. Die Beschlüsse der Versailler Konferenz haben in Frankreich eine große Enttäuschung hervorgerufen. Die Sozialisten und unabhängigen Kreise, namentlich die Arbeiter, sind entrüstet darüber, daß die Entente-Regierungen es nicht für nötig befunden haben, die Reden Hertlings und Czernins zu beantworten oder prinzipiell Stellung zur Friedensfrage zu nehmen. Die Metallarbeiter haben beschlossen, die französische Regierung aufzufordern, unverzüglich zu antworten, ob sie bereit ist, auf Grund von Versprechungen für die Friedensverhandlungen gegebenenfalls einen Waffenstillstand abzuschließen. Die Minderheitsgewerkschaftler der sozialistischen Partei haben beschlossen, dem Parteitag einen Antrag vorzulegen, der den Beginn der Friedensverhandlungen nach Abschluß eines Waffenstillstandes fordert.

Die Versailler Entente-Konferenz.

Von einem früheren Diplomaten und tüchtigen Kenner der Verhältnisse werden dem Berichterstatter der Frankfurter Zeitung zu den Veröffentlichungen der Versailler Konferenz folgende interessante Bemerkungen gemacht:

Der entschlossene Ton der Veröffentlichung verrät nicht etwa die nunmehr hergestellte große Einigkeit, sondern ganz im Gegenteil, daß es ebenso wie bei früheren Gelegenheiten nicht gelungen ist, auch nur einigermaßen eine Uebereinstimmung zu erreichen. Weder Frankreich noch England noch Italien sind geneigt, einander Konzessionen zu machen oder auch nur einen ihrer Ansprüche fallen zu lassen, sobald ihre Interessen einander entgegenlaufen. Das Resultat der Unfähigkeit der Entente, sich untereinander zu verständigen, ist die Fortsetzung des Krieges mit allen seinen furchtbaren Seiten und Verwüstungen. Geradezu völliger Unsinn ist es, daß ein englisches Blatt von einem neu entstandenen Bund der Alliierten spricht.

Auch Zweck der Versailler Konferenz ist eine „gerechte und zweckentsprechende Verteilung der Hilfsmittel", so lautet zwar der technische Ausdruck der Einigkeit unter den Alliierten, aber die Vereinigten Staaten setzen sich ganz energisch gegen die Anforderungen an Geld und Lebensmittel zur Wehr, die jeder einzelne der Alliierten, unbekümmert umeinander, in weitgehender Weise an Amerika stellt, wo selbst in der Kohlenversorgung und teilweise auch in der Nahrungsmittelversorgung Schwierigkeiten entstanden sind, und dessen Kriegskosten ins Unerhörte wachsen. Der eigentliche Zweck der Konferenz aber, eine einheitliche Leitung der Kriegsführung zu schaffen, dürfte dabei ebenso wenig erreicht werden wie in Rapallo. Die Eifersüchteleien und Intrigen zwischen den einzelnen englischen Völkern hören nicht auf. Unter solchen Verhältnissen dürfte es sich als gänzlich unmöglich erweisen, die Eifersüchteleien zwischen den obersten Generalen der einzelnen Länder bes obersten Kriegsrates auszuschalten, oder gar es möglich zu machen, einen Franzosen mit dem Oberbefehl zu betrauen.

Wie England unsere Austauschgefangenen mißhandelt.

Aus Mitteilungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher schamlosen Weise sich die Engländer auch noch bei diesem Liebeswerke gegen das Völkerrecht vergehen.

Der Transport der schwerkranken Gefangenen, die sich teilweise nur an Krücken fortbewegen konnten, erfolgte auf einem Viehdampfer; aber nicht etwa in den Ställen, wofür mancher dieser Unglücklichen wohl noch dankbar gewesen wäre, sondern in einem von Schmutz starrenden Raume noch unter den Ställen, im letzten Stockwerk des Schiffes. Dort mußten die Krüppel in verpesteter Luft die Nacht, wie Vieh zusammengepfercht, auf Bänken zubringen, die nicht einmal Lehnen hatten! Am Morgen erhielten sie Kaffee und mußten dann den ganzen Tag über hungern; Teller, Messer und Gabeln zu verabreichen, daran dachten die auf alle äußere Kultur so sehr bedachten Engländer nicht. Den Tee mußten sich die beklagenswerten Gefangenen mit leeren Konservenbüchsen aus Pferdetrippen schöpfen! Den Pferdetiefe unter der Wasserlinie durften auch die nicht verlassen, die von der Seekrankheit befallen waren. Die Reise dauerte über 32 Stunden. Ueber 32 Stunden setzten die Engländer arme invalide Gefangene einem Transport unter diesen unwürdigen Verhältnissen aus. Daß bei einem Schiffbruch unter solchen Umständen nicht einer der Aermsten mit dem Leben davongekommen wäre, das machte dem unmenschlichen Feind keinerlei Sorge!

Weil derartige Mahnahmen eine Roheit und Niedertracht bedeuten, die wir unseren Kriegsgefangenen gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen Regierung sofort energischen Protest eingelegt.

Massenstreik und Sozialdemokratie.

Zu diesem aktuellen Thema schreibt der Vorwärts an leitender Stelle:

Ueber das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Massenstreik sind aus Anlaß der letzten Bewegung in der bürgerlichen Presse soviel falsche, auf Unkenntnis der elementarsten Tatsachen beruhende Behauptungen aufgestellt worden, daß es notwendig ist, an einige Dinge zu erinnern, die jedem geläufig sein könnten, der die sozialdemokratische Literatur der letzten Jahre vor dem Kriege mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Bekanntlich hat das Problem des politischen Massenstreiks die Partei gerade in den letzten Jahren vor dem Krieg sehr lebhaft beschäftigt. Das war seit der ersten Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung nicht mehr der Fall gewesen. Damals hatte man über die Frage des Generalstreiks mit den Anarchisten ausgiebig debattiert und war ihnen gegenüber mit Auer der Ueberzeugung geworden, „Generalstreik ist Generalunsinn". Nämlich der Generalstreik der Anarchisten, der das Allheilmittel war, der alle beschwerliche Gegenwartsarbeit überflüssig machen, die große Weltenwende mit einem Schlage herbeiführen sollte. Bei dieser Auffassung blieb es. Die Sozialdemokratie hat niemals der Generalstreikidee zuliebe die praktische Arbeit für die Interessen der Arbeiterklasse aufgegeben.

In den neunziger Jahren des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde das Problem des allgemeinen Streiks in **Belgien, Oesterreich und Rußland** praktisch. In Belgien und Oesterreich erkämpften sich die Arbeiter durch den Streik oder durch die Drohung mit ihm Wahlreformen. In Rußland wurde der Massenstreik das stärkste bewegende Element im Prozesse einer gewaltrevolutionären Entwicklung. Während die Arbeiter dreier Nachbarländer im Kampfe für ihre politische Freiheit das Aeußerste einsetzten, lagerte über Preußen-Deutschland die tiefste Reaktion, und der Weg zur Demokratie, den die Arbeiter in verzweifelten Nöten suchten, war durch die unübersteigbar scheinenden Barrikaden des preußischen **Dreiklassenwahlrechts** verrammelt.

So war es nur natürlich, daß sich die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Parteitage sehr lebhaft mit dem Problem des politischen Massenstreiks beschäftigten. Es kamen dabei in der Hauptsache zwei Richtungen zum Vorschein, die man als die voluntaristische und die evolutionistische bezeichnen könnte. Die eine, deren glänzender Wortführer Ludwig Frank geworden war, ging darauf aus, die Arbeiter mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß die Demokratisierung Deutschlands die entscheidende Frage in ihrem Befreiungskampfe sei, und sah in dem Massenstreik ein bewußt zur Erringung demokratischer Ziele angewandtes Machtmittel (von voluntas, Willen), weil sie auf den bewußten Willen das Hauptgewicht legte. Ihr entgegen stand die evolutionistische, stärker mit der wirtschaftlichen Entwicklung rechnende Richtung, die besonders von Karl Kautsky vertreten wurde. Diese Richtung maß dem Willensfaktor eine geringere Bedeutung bei und sah, wie man es mit einiger Uebertreibung ausdrücken darf, im Massenstreik eher die unwillkürliche, aber unter bestimmten Umständen notwendige Erscheinungsform eines revolutionären Entwicklungsprozesses.

Keine dieser beiden Richtungen zeigte Neigung, zu den überholten Ideen der anarchistischen Generalstreikspropaganda zurückzukehren. Und beide behandelten den Massenstreik lediglich als **Friedensproblem**. Der Massenstreik als ein Mittel, Kriege zu verhindern, war von den deutschen Delegationen auf allen internationalen sozialistischen Kongressen konsequent zurückgewiesen worden. Es ist nicht ohne Reiz, daran zu erinnern, daß Aristide Briand, der nachmalige französische Ministerpräsident im Kriege, und Gustave Herve, der Herausgeber der Victoire, seine hitzigsten Anwälte gewesen sind.

Als der Krieg ausbrach, hat sicher kein Sozialdemokrat daran gedacht, daß es in seinem Verlauf zu massenhaften Arbeitseinstellungen kommen könnte. Kein Sozialdemokrat hat es gewollt, keiner hat es für möglich gehalten. Wenn das Nichtgewollte und Unwahrscheinliche dennoch Tatsache geworden ist, so ist das ein Beweis dafür, daß **die Dinge eben oft stärker sind als die Menschen.**

Die Entwicklung der Meinungen über den Massenstreik während des Krieges ist aus begreiflichen Gründen weniger klar, als sie es vor dem Kriege gewesen ist. Dennoch ist die Annahme der bürgerlichen Presse, daß links von der jetzigen sozialdemokratischen Partei nur Massenstreik-Apostel zu finden seien, jedenfalls falsch. Der Glaube, daß es möglich sei, den gegenwärtigen Krieg durch den allgemeinen Generalstreik in allen Ländern zu beenden, ist zweifellos auf **viel engere Kreise** beschränkt. Und am wenigsten Anhänger dürfte die Theorie der Petersburger Pravda finden, die den Zeitpunkt für die Einleitung der bolschewistischen Weltrevolution in allen Ländern gekommen sieht.

Dieses in Deutschland kaum aufzufindende Extrem, das doch im Keim vorhanden und entwicklungsfähig ist, wird notwendigerweise **gestärkt und entwickelt durch jede reaktionäre Gewaltmaßregel**, durch die Schwäche der Regierung und des Parlaments. Nur eine kleine, äußerst linke Gruppe ist eine grundsätzliche **Gegnerin des Parlamentarismus** und jauchzt deshalb den Bolschewiki zu, welche die Konstituante auseinander getrieben haben. Die ganze Sozialdemokratie und ein großer Teil der links von ihr stehenden Elemente ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180207-16/fragment/page=0001

grundsätzlich demokratisch und decent, in der rechtmäßig gewählten Vertretung des Volkes eine Trägerin der Staatsautorität zu achten. Um so bedauerlicher und bedenklicher ist es, daß der Reichstag in der gegenwärtigen Situation so traurig versagt hat. Indem die bürgerlichen Parteien sämtlich der von der Sozialdemokratie geforderten Wiedereinberufung des Reichstags widersprachen, haben sie einen ungeheuren Fehler begangen und eine schwere Schuld auf sich geladen. Ihr Verhalten wirkt nach einer ganz andern Richtung, als sie es vorausgesehen hatten: es schädigt den Reichstag und das Prinzip des demokratischen Parlamentarismus in den Augen der Massen und leistet damit der antiparlamentarischen Propaganda einer alleräußersten Linken Vorschub.

Die Sozialdemokratie kann sich indes durch solche menschlich allzumenschliche Erscheinungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Dieser Weg geht über die Demokratie zum Sozialismus. **Die Partei wird darum** ihr Möglichstes tun, um aus den Ereignissen der letzten Tage **das Beste zu machen: schädliche Wirkungen abzuwehren und, auf die Erfahrungen der letzten Zeit gestützt, den im Volk vorhandenen elementar zum Ausbruch gelangten Willen nach Demokratie und Frieden noch energischer als bisher zu vertreten.**

Und immer noch Wirtschaftskrieg.

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.

„Nach diesem Kriege wird niemand mehr bezweifeln, daß das deutsche Volk die erste Kraft auf Erden ist, gleich groß im Zuschlagen, wie im Entbehren." Also schrieb vor einigen Tagen die Frankfurter Zeitung. In der Tat werden wir uns in dem Sturm und Drang des Weltkrieges kaum der zuweilen mit Furcht gemischten Bewunderung bewußt, die das Ausland ganz allgemein für Deutschlands Tatkraft hegt, und schon jetzt kann man sagen: mag der Krieg im übrigen ausgehen wie er will, die Stellung Deutschlands wird nach diesem Kriege eine unvergleichlich größere, angesehenere und machtvollere in der Welt sein. Man darf sich hierüber durch das hysterische Greuelgeschrei der Engländer und Franzosen nicht beirren lassen. Ebenso wie man die Heuchelei den Tribut des Lasters an die Tugend genannt hat, ebenso könnte man die Verleumdung den Tribut der Entente an die Größe Deutschlands nennen.

In welcher Weise nun die deutschen Streiks im Ausland wirken werden, ob sie, wie man zunächst annehmen dürfte, die Widerstandskraft der Feinde stärken und seinen tiefgesunkenen Kriegsmut neu beleben werden, oder ob sie nicht umgekehrt auch in Frankreich und England zu Massenstreiks größten Umfanges führen werden, steht noch dahin; Tatsache ist jedenfalls, daß schon bisher die Machthaber der „demokratischen" Ententestaaten besonders in England und Frankreich Mühe hatten, die Friedensbewegung niederzuhalten. Das hat sie freilich nicht einen Augenblick gehindert, nach wie vor die ausschweifendsten Eroberungsziele zu formulieren. Mit dem gleichen Atemzuge, mit dem sie die Annexion der deutschen Kolonien als „selbstverständlich" bezeichnen, verlangen sie mit der größten Unbefangenheit vor dem Beginn jeder Friedensverhandlung die Räumung Belgiens. Hierin spricht sich nicht bloß das Unvermögen aus, die Deutschen aus Belgien vertreiben zu können, sondern ebensosehr die zähe Entschlossenheit, den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege fest durchzuführen. Gerade weil man militärisch an der Niederwerfung Deutschlands verzweifelt, will man es um so sicherer durch den Wirtschaftskrieg nach dem Frieden niederhalten. Zur Durchführung eines wirklich auf die Dauer wirksamen Wirtschaftskrieges gehört aber die völlige koloniale Ausraubung Deutschlands. Die Engländer wissen sehr genau, welche ungeheure Bedeutung ein deutsches Zentral-Afrika für die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit ihres größten Gegners bedeuten würde. Deshalb drohen sie sehr nachdrücklich mit dem Kolonialmonopol, das ihnen der Krieg verschafft hat. Deshalb schrieb erst unlängst der englische Economist, eine im übrigen ganz und gar nicht fanatische Zeitschrift, die die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als „unselig" bezeichnete: „Die weltweite Herrschaft der Verbandsmächte ist derart, daß ein ruinöser Boykott eines nicht reumütigen Deutschland keine leere Drohung ist", deshalb schließlich sprach Lloyd George in seiner bekannten Rede die sehr eindeutigen Worte: „Es ist unvermeidlich, daß die Völker, die die Rohstoffe beherrschen, wünschen werden, sich selbst und ihren Freunden vorab zu helfen." General Smuts aber, der jetzige militärische Beirat des Kriegskabinetts in London, früher Kriegsminister der Südafrikanischen Union, erklärte von den englischen Kolonien: freiwillig sind sie in den Krieg getreten, das Ziel ihrer Bemühungen aber war vor allem die Verwüstung des deutschen Kolonialreiches.

Man nehme solche Worte nicht auf die leichte Achsel. Auch England wird anders aus dem Kriege herauskommen, als es in ihn hineingegangen ist. In meinem Buche: drei Jahre Weltrevolution habe ich ausführlich die wirtschaftliche und soziale Revolution geschildert, die England in diesem Kriege durchmacht und die ich für viel bedeutungsvoller halte, als die russische Revolution. Alles spricht dafür, daß selbst Englands Freihandel, dieses alte Palladium und Werkzeug seiner Weltherrschaft, der Vergangenheit angehören wird. Die Zeiten der liberalen Wirtschaftsfreiheit sind auch für England dahin und im gleichen Tempo, wie man an der Organisierung der englischen Arbeit und seiner bisher anarchischen Volkswirtschaft arbeitet, ist man auch tätig an dem organischen Aufbau des englischen Weltreiches und seiner straffen Zusammenfassung. Damit aber erhält die Kolonialfrage für England, wenn auch aus ganz anderen Gründen, eine ebenso veränderte Bedeutung, wie sie sie für Deutschland erhalten hat.

England rüstet sich seit langem und im stillen auf den Wirtschaftskrieg. Darauf wurde schon auf dem Würzburger Parteitage hingewiesen. Die Pläne der British Empire Producers Organisation sind sehr klar in dem Briefe ausgesprochen, den sie am 10. Januar an Lloyd George nach seiner großen Rede gerichtet hat. Man kann den Einfluß dieser kapitalistischen Organisation schwerlich überschätzen. Sie ist im Bunde mit der British Trade Corporation der Hauptträger der wirtschaftsorganisatorischen Erneuerung des alten England. In diesem Briefe heißt es unter anderm: „Das Verlangen der organisierten englischen Industrie geht dahin, daß die Verbandsstaaten jetzt gemäß den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz Schritte tun sollen, wie sie in allen andern Industrieländern in Kraft sind, um unsere wirtschaftliche Sicherheit zu verteidigen und dafür zu sorgen, daß nationale Hilfsquellen, Unternehmungsgeist und Geschicklichkeit Englands nicht von irgendeinem Volke zum Schaden unserer eigenen oder dauernder friedlicher Handelsbeziehungen mit befreundeten Staaten ausgenutzt werden." Hier ist mit genügender Deutlichkeit das Verlangen nach dem Schutzzoll und ähnlich wirkender Maßnahmen ausgesprochen.

Ebensowenig kann man in den Worten Wilsons von der „Beseitigung wirtschaftlicher Schranken" etwa eine Abwehr der wirtschaftlichen Kriegspläne nach dem Kriege erblicken. Im Gegenteil! Das Journal of Commerce weist ausdrücklich darauf hin, daß die amerikanische Union eines der ausgesprochensten Schutzzolländer sei. Das Blatt schreibt: „Die Pazifizisten in England behaupten, in Wilsons Kongreßbotschaft eine Schwächung der Verbandspolitik zu sehen, wie sie in der Pariser Konferenz niedergelegt wurde. Wir brauchen nicht zu sagen, daß davon nicht die Rede sein kann. Die Pariser Beschlüsse werden langsam aber sicher von allen beteiligten Regierungen wirksam gemacht." Also auch in diesem angesehenen Fachblatt der feste Entschluß, den Krieg nach dem Kriege mit anderen Waffen fortzusetzen.

Die hier tödlich bedrohte wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gehört zu den von der deutschen Sozialdemokratie proklamierten Kriegszielen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß das deutsche Volk nach wie vor alle Kräfte daran setzen, und zwar umsomehr, je näher der Friede zu kommen scheint. Es dreht sich um seine ganze Zukunft!

Rußlands innere Kämpfe.

Ein Erlaß über die Gewissensfreiheit der religiösen Gesellschaften, Trennung von Staat und Kirche, Abschaffung aller Vorteile, die sich auf das Glaubensbekenntnis gründen, und aller Beschränkungen der Gewissensfreiheit verkündet vollkommene Freiheit der religiösen Riten. Der religiöse Eid wird abgeschafft und durch eine feierliche Versicherung ersetzt. Die Kirche wird von der Schule getrennt, der obligatorische Religionsunterricht wird aufgehoben. Alle kirchlichen Güter werden als Volkseigentum erklärt. Gebäude und Gegenstände, die dem Kultus dienen, gehen an die religiösen Gesellschaften zum kostenlosen Gebrauch über.

Auf das Dekret betreffend die Trennung von Staat und Kirche haben die kirchlichgesinnten Kreise ziemlich lebhaft reagiert. Der Patriarch von Moskau hat die Bolschewiki mit dem großen Kirchenbann belegt.

Aus Kiew wird durch einen Funkspruch gemeldet: Der Aufstand der Bolschewiki in Kiew ist dabei, gänzlich unterdrückt zu werden. Alle Regierungsanstalten, der Bahnhof, das Arsenal, sind von Ukrainern besetzt. Die Bolschewiki haben bedeutende Verluste erlitten. Die Verluste der Ukrainer sind sehr unbedeutend. Die Zentralrada überträgt Holubowytsch die Bildung eines neuen Kabinetts.

Ueber Stockholm wird vom 5. Februar gemeldet: In der Nacht zum 4. Februar ist die Hauskapelle im Palais der Großfürstin Maria Pawlowna geplündert und aller Kostbarkeiten beraubt worden. In der gleichen Nacht ist eine bewaffnete Bande von etwa 500 Menschen in verschiedene Kaufläden des Wosnessenski-Bezirkes eingebrochen. Geplündert wurden 14 Juwelierläden, 17 Kleidergeschäfte und 4 Apotheken. Der ganze Bezirk wurde von Militär mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren umstellt; erbitterte Kämpfe dauerten die ganze Nacht, wobei 120 Personen getötet, sowie eine noch größere Anzahl verwundet wurden.

Russische Soldaten in der dänischen Gesandtschaft.

Petersburg, 5. Februar. (P. T. A.) Gemäß den getroffenen Bestimmungen über die Nachforschung nach hinterzogenen Lebensmitteln in den einzelnen Wohnungen erschien heute morgen eine Abteilung Soldaten in der dänischen Gesandtschaft, um eine Durchsuchung abzuhalten. Der Gesandte erklärte zunächst dem Führer der Abteilung, einem einfachen Soldaten, daß in den Räumen einer fremden Gesandtschaft eine Durchsuchung nicht vorgenommen werden dürfe. Angesichts der Hartnäckigkeit des Widerspruchs des Führers der Abteilung mußte der Gesandte sich darauf einlassen, mit ihm zu verhandeln, ohne übrigens zu erreichen, daß die Soldaten von ihrem Vorhaben abließen.

Unmittelbar, nachdem der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten benachrichtigt worden war, schickte dieser in die Gesandtschaft einen Vertreter, der ungeachtet aller abgegebenen Erklärungen auf die gleiche Hartnäckigkeit bei dem Führer der Abteilung stieß. Dieser nahm dann eine Durchsuchung in den Räumen der Gesandtschaft vor, wo sich allerdings Lebensmittelbestände befanden, die jedoch aus Dänemark stammten. Auf Widerspruch mehrerer Soldaten der Abteilung, die Unrechtmäßigkeit der Durchsuchung einräumten, wurde jedoch nichts weggenommen. Der Gesandte wohnte der Durchsuchung persönlich bei und gab dem Vertreter des Auswärtigen Amtes gegenüber seinen Einspruch gegen die Verletzung der Sitten der dänischen Gesandtschaft zu Protokoll.

Die Kämpfe in Finnland.

Basel, 7. Febr. Nach einem Petersburger Havasbericht aus maximalistischer Quelle, dauern die Kämpfe zwischen der Roten und Weißen Garde in der Umgebung von Helsingfors und Sibbo an. Viborg und Abo sind in den Händen der Arbeiter; die Hauptmacht der Weißen Garde ist in Nordfinnland konzentriert. Nach den Blättern hat die Weiße Garde die Offensive ergriffen und bedroht Viborg. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen; der Zug, mit dem Kamenew und Zarkin nach Frankreich reisen wollten, ist über Kammersford hinaus gegangen. Die Rote Garde hat zwei englische Offiziere verhaftet, die angeschuldigt waren, Bomben bei sich geführt zu haben. Auf die Intervention der Botschaft wurden sie in Freiheit gesetzt.

Uleaborg in den Händen der Finnländer.

Stockholm, 5. Februar. Wie Aftonbladet meldet, befindet sich Uleaborg seit Dienstag nachmittag nach hartnäckigen Straßenkämpfen in der Gewalt der Regierungstruppen. Diese wurden erfolgreich durch aus den Zügen herbeigezogene Artillerie unterstützt. Die Stadt brannte an verschiedenen Stellen. Man erwartet nunmehr eine baldige Säuberung der Städte Kemi und Tornea von den Bolschewikitruppen.

Der wirtschaftliche Reichtum der Ukraine.

Man schreibt der Deutschen Orient-Korrespondenz: Das ehemalige russische Reich war zu keiner Zeit ein einheitliches Staatsgebilde gewesen. Nur dem Fernerstehenden erschien es als solches; in Wirklichkeit hatte man es mit einem Konglomerat der verschiedensten Völkerstämme zu tun, die nur äußerlich durch die bekannten Machtmittel des Zarentums zusammengehalten werden konnten. Es ist daher eine sehr naturnotwendige Entwicklung, wenn mit dem endgültigen Sturz des Zarentums das Riesenreich sich in seine einzelnen Bestandteile auflöst. Wie die Lage sich in dem asiatischen Teil des Reichs gestaltet, läßt sich bei dem gänzlichen Mangel an zuverlässigen Nachrichten heute noch nicht überblicken. Für das ehemalige europäische Rußland steht indessen fest, daß es in Zukunft einen Bund föderativer und nach innen und außen völlig selbständiger Republiken bilden wird.

Im Norden bildet sich ein selbständiges Finnland; eine Linie von Kronstadt bis Odessa etwa bezeichnet die westliche Grenze des künftigen Rußland. Von den baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, von Litauen, Russisch-Polen, Ukraine und Bessarabien ist gewiß, daß sie nicht mehr wie bisher unselbständige Bestandteile des russischen Reichs bilden werden. Ein ähnlicher Loslösungsprozeß vollzieht sich im Kaukasus, wo die Tscherkessen und Grusinier Anschluß an die Türkei suchen.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk waren mit der ersten Delegation der Ukraine schon sehr weit vorgeschritten. Die Grenzen der Ukraine, wie sie sich die erste Delegation in Brest-Litowsk dachte, umfassen ein Gebiet von etwa 850 000 Quadratkilometern, von denen 805 000 Quadratkilometer auf das frühere Rußland entfallen. Vergleichsweise sei darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich ein Fläche von 540 504 Quadratkilometern bedeckt. Die Bevölkerungszahl dieses ukrainischen Gebiets beträgt etwa 35 Millionen, entspricht also derjenigen des Königreichs Italien. Die Städte Odessa, Charkow und Kiew werden die Handels- und Kulturzentren der künftigen Ukraine bilden.

Dieses Gebiet ist äußerst fruchtbar; die schwarze Erde am Dnjepr war die Kornkammer Rußlands. Der Boden birgt aber außerdem reiche Schätze an Eisen, Naphtha; besonders aber das Donezgebiet enthält das wichtigste Kohlenbecken.

Diesem natürlichen Reichtum des Landes entspricht auch das bereits vorhandene Netz von Verkehrsstraßen und Eisenbahnen; es ist für russische Verhältnisse ungewöhnlich gut entwickelt; sein Mittelpunkt ist Kiew, von dem aus es nach allen Seiten sich ausdehnt. Interessant ist, daß sich recht erhebliche Beträge von Obligationen der Moskau—Kiew—Woronosch-Eisenbahn in deutschem Besitz befinden. Die politische Unsicherheit in dem Gebiet der Ukraine wird vermutlich noch längere Zeit andauern, bis sich wieder feste und zuverlässige Grundlagen herausbilden. Welche Partei auch die herrschende sein wird, — Frieden wird sie schließen, und Handelsbeziehungen wird sie mit den Mittelmächten anknüpfen und pflegen müssen. Gerade mit der Ukraine können wir auf einen sehr lebhaften und für beide Teile vorteilhaften Güteraustausch rechnen; denn sie besitzt große Mengen von dem, dessen wir bedürfen, und sie wird aufnahmefähig sein für die Erzeugnisse unserer Industrie. Die Möglichkeit eines Warenaustausches läßt uns auch auf gute politische Beziehungen für die Zukunft hoffen.

Rationierung auch in Spanien.

Genf, 7. Febr. Der spanische Minister des Innern erklärte: Die Regierung wisse von fortdauernden Machenschaften einzelner Gruppen, die dahin gingen, die Mißstimmung wegen der Teuerungsverhältnisse zu schüren und aufzureizen.

Eine Radio-Depesche fügt hinzu, daß der gestrige Ministerrat von besonderer Wichtigkeit für die innere und äußere Politik gewesen sei; der Ministerpräsident habe auch zugestanden, daß man sich mit der bevorstehenden Wahlbewegung befaßt habe.

Gegen den Lebensmittelwucher sollen sehr energische Maßnahmen ergriffen werden; die Rationierung der wichtigsten Gebrauchsartikel ist im Werke.

Japanisch-amerikanische Einigung?

Haag, 7. Febr. Aus Neuyork wird berichtet: Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten Flood teilte mit Genehmigung des auswärtigen Amtes in der Deputierten-Kammer mit, daß zwischen dem japanischen Minister des Aeußern und Lansing ein Notenwechsel stattfand, wonach alle Streitpunkte zwischen beiden Ländern beigelegt und der Frieden im Osten bekräftigt worden ist.

Holländische Einwanderung nach Deutschland.

Haag, 7. Februar. Infolge der durch Kohlenmangel verursachten Stillegung zahlreicher industrieller Betriebe in Holland, werden in der nächsten Zeit, dem Amsterdamer Telegraaf zufolge, große Mengen holländischer Arbeiter — das Blatt spricht von 70 000 Mann — nach Deutschland kommen, um in industriellen und kriegswirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung zu suchen.

Neues zur Weltlage.

Der Kriegsminister erklärte in der zweiten holländischen Kammer, daß eine Demobilisierung augenblicklich unmöglich sei. Wenn der Kampf im Osten vorüber sei, könne er im Westen um so schärfer werden. Mit der Entlassung von Jahrgängen sei schon so weit wie möglich gegangen worden und 62 Prozent der Armee seien bereits entlassen. Der Minister fügte hinzu, daß eine bessere Bewachung der Munitionsdepots in Beratung stehe.

In Ungarn wird demnächst eine Herabsetzung der Mehlkopfmenge stattfinden. Das Maß dieser Herabsetzung wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

In kurzem wird eine Abordnung der britischen Arbeiter nach Paris gehen, um, wenn möglich, vor dem Zusammentritt der allgemeinen interalliierten Tagung in London am 20. Februar eine Uebereinkunft der englischen und französischen Arbeiter und Sozialisten herbeizuführen und eine internationale sozialistische Tagung in der Schweiz vorzubereiten. Der Abordnung werden wahrscheinlich angehören: die Mitglieder des parlamentarischen Ausschusses des Gewerkschaftskongresses Thorne und Bowerman, sowie Purdy und Arthur Henderson.

Lyoner Blätter melden aus Madrid: In Huelva sind infolge des Lebensmittelmangels neue Unruhen ausgebrochen. Die Lebensmittelgeschäfte wurden von der Menge angegriffen. Mehrere hundert Frauen veranstalteten in der Stadt Kundgebungen, so daß die Bürgergarde zur Wiederherstellung der Ordnung eingreifen mußte.

Aus Buenos Aires meldet die Agence Havas: Die Regierung hat das Verbot der Getreideausfuhr aufgehoben.

Der Krieg zur See.

Berlin, 6. Februar. Amtlich. Im Aermelkanal fielen unseren rastlos tätigen U-Booten fünf Dampfer, ein englischer Segler und ein englisches Fischerfahrzeug zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tiefbeladen, einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampfersicherung herausgeschossen, er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der auf dem Wege nach Cherbourg mit Stückgut versenkte Dampfer führt der französischen Regierung wieder einmal den Ernst der U-Boot-Wirkung vor Augen. Frankreich, das bis zum Kriege stolz war, auf eine große Brotgetreide-Einfuhr verzichten zu können, geriet infolge Arbeitermangels, Aushebung von Pferden, und Besetzung seiner Grenzprovinzen in eine immer stärkere Abhängigkeit von den überseeischen Zufuhren. Der Rückgang seiner Anbaufläche für Brotgetreide wird auf 30 Prozent geschätzt. Die Zeitung Le Pays de France schrieb am 6. Dezember 1917, daß die französischen Seehäfen jetzt zweimal soviel Kohlen und zwölfmal soviel Getreide importieren müßten wie im Frieden. Deshalb stößt unser U-Boot-Krieg auch an dieser Stelle auf brüchigen Boden. Kein geringerer als Charles-Roux, der Präsident der Compagnie Générale Transatlantique, erklärte am 19. Dezember 1917 im Sémaphore de Marseille, daß unsere U-Boote die erfolgreiche Kriegführung der Entente in Frage stellen. Eine halbe Million Brutto-Register-Tonnen oder ein Fünftel seiner Gesamtflotte hätte Frankreich im vergangenen Sommer verloren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180207-16/fragment/page=0002

Die Ausschußberatung der Herrenhausvorlage

ging am Mittwoch weiter. Der Unterausschuß hatte seine Anträge vorgelegt, die die in der Vorlage vorgesehene Vertretung der städtischen Selbstverwaltung, des Handels und der Industrie, zugunsten der landwirtschaftlichen Vertretung verringern. Dagegen wendete sich der Handelsminister; Handel, Industrie und Landwirtschaft müssen als gleichwertig behandelt werden. Da unter dem gleichen Wahlrecht die Handels- und Industriezentren Arbeiter ins Abgeordnetenhaus wählen würden, so müßte für ihre entsprechende Vertretung im Herrenhause vorgesorgt werden.

Eine Vertretung der Arbeiter im Herrenhause war vom Unterhause nicht vorgesehen worden, sie wurde aber in der Debatte insbesondere von dem Sozialdemokraten und den Fortschrittlern entschieden gefordert. Der Sozialdemokrat betonte dabei abermals, daß die Arbeiter nicht auf das königliche Vertrauen angewiesen werden dürften, sondern ein Präsentationsrecht erhalten müßten. Als Präsentationskörper kämen sehr wohl die Arbeitnehmerbeisitzer bei den Versicherungsämtern in Frage.

Nach weiterer Debatte wollten die Konservativen die Abstimmung nochmals aussetzen; dagegen protestierten die andern Parteien, und der Antrag wurde schließlich zurückgezogen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Unterausschusses angenommen, wonach im § 4 bestimmt werden soll, daß auf Grund von Präsentation zu berufen sind: 48 Vertreter der Städte mit über 50 000 Einwohnern, 2 weitere Vertreter der Stadt Berlin, 24 Vertreter der übrigen Städte und der Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern, 24 Vertreter der Provinzen, 1 Vertreter der Hohenzollernschen Lande, 24 Vertreter der ländlichen Selbstverwaltung, 48 Besitzer solcher Landgüter, die bereits seit 50 Jahren im Besitz derselben Familie sind, 24 weitere Vertreter der Landwirtschaft, 24 Leiter großer Unternehmungen der Industrie oder des Handels, 18 Vertreter des Handwerks, 16 Vertreter der Hochschulen und 16 Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, zusammen 205. Dazu fügte der Ausschuß noch: 16 Arbeitervertreter, 12 Vertreter der Privatangestellten, 6 unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, 6 Lehrkräfte von höheren und mittleren Schulen, Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, 6 Angehörige der übrigen gelehrten Berufe, 3 Angehörige technischer Berufsstände, 3 bildende und ausübende Künstler, Schriftsteller und Journalisten. Alle diese sollen aus allerhöchstem Vertrauen berufen werden, solange nicht durch Gesetz Präsentationskörper für sie gebildet sind. Beschlossen wurde weiter, daß die aus königlichem Vertrauen Berufenen nicht auf Lebenszeit, sondern auf 12 Jahre berufen werden (Fortschrittlicher Antrag), sowie daß das Herrenhaus nicht mehr Mitglieder haben darf, als das Abgeordnetenhaus.

Darauf wurde nach § 7 angenommen, wonach die Teilnahme an der Präsentation eine mindestens dreijährige preußische Staatsangehörigkeit voraussetzt. Dagegen waren Bedenken im Hinblick auf die reichsgesetzlich gewährleistete Freizügigkeit erhoben worden. Vizepräsident Dr. Friedberg meinte, man könne die Beschlußfassung verschiebenbis zu der über das Wahlrecht:serfordernis der dreijährigen Staatsangehörigkeit. Aber der Ausschuß nahm den § 7 sogleich an. Weiterberatung Donnerstag.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Einberufung des Reichstages

soll für den 19. Februar. nachmittags 3 Uhr, erfolgen. Auf die Tagesordnung werden Anfragen und Petitionsberichte gestellt werden.

•

Der Vorwärts unter der Anklage versuchten Landesverrats.

Der verantwortliche Redakteur des Vorwärts, Genosse Erich Kuttner, ist wegen versuchten Landesverrats unter Anklage gestellt worden. Der Landesverrat soll versucht worden sein in dem Leitartikel der Nummer vom 29. Januar „Die Forderungen der Arbeiter". Wie eilig es die Justiz heute hat, möge der Umstand beweisen, daß der Angeklagte am Dienstag von der Erhebung der Anklage durch die Vorladung zu dem Termin Kenntnis erhalten hat. Die Verhandlung war kurz. Die Sache verfiel der Vertagung. Dem Gerichte hatte sich Genosse Stampfer als Verfasser gemeldet. Die Verhandlung wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

•

Die deutsche Kriegswirtschaft.

Um den mannigfachen Bemühungen zu wissenschaftlichen Sammlung der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen möglichste Einheitlichkeit und planvollen Ausbau zu sichern, hat der Reichskanzler die Errichtung eines wissenschaftlichen Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft angeordnet und den Staatsminister, Dr. v. Delbrück, mit dessen Vorsitz betraut. Das Ziel ist eine Durchforschung und zusammenfassende Schilderung der deutschen Kriegswirtschaft, die ein Gegenstück zum Generalstabswerk bilden soll, das wohl auch über den gegenwärtigen Krieg erscheinen wird. Die Durchführung unterliegt zunächst der Beratung zwischen den verschiedenen Reichsämtern, Ministerien der Bundesstaaten und den großen Selbstverwaltungsverbänden.

•

Ueber die zukünftige Zollpolitik Deutschlands.

äußerte sich Prof. Hans Delbrück einem holländischen Blatte gegenüber. Er erklärte, durchaus kein prinzipieller Anhänger des Freihandels zu sein. Aber wenn man bedenke, daß Deutschland in der ersten Zeit nach dem Krieg ein sicher unersetzliches Bedürfnis an Einfuhr haben werde, während die Ausfuhr sich nur langsam wieder erholen könne, wenn man weiter bedenke, daß die freien Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte höher sein werden als die Preise, welche Deutschland bisher selbst durch seine Maximalzölle erreicht haben würde, so könne man wohl annehmen, daß die Wiederinkraftsetzung von Zöllen nicht die geringste Aussicht auf Annahme durch den Reichstag haben werde. Delbrück glaubt, daß man die Wiedereinführung von Zöllen immer weiter verzögern werde, bis man eines Tages erstaunt sehen werde, daß Deutschland ein Freihandelsstaat geworden sei. Dann werden die Fahnen des Freihandels hochgehoben werden, und Deutschland werde noch geschlossener für den Freihandel eintreten als England, wo jetzt schon eine große Partei gegen den Freihandel sich gebildet habe. Aus der geschilderten Entwicklung würde sich von selbst die Verwerfung des Gedankens einer wirtschaftlichen Einheit Mitteleuropas ergeben, weil diese wirtschaftlichem Selbstmord gleichkäme.

•

Ein offener Brief an Staatssekretär Wallraf.

Im Hauptausschuß des Reichstages hatte sich Staatssekretär Wallraf anläßlich der Streikbewegung auf seine Erfahrungen mit der Arbeiterschaft als Kölner Oberbürgermeister berufen. Die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in Köln haben nun beschlossen, einen „offenen Brief" an Wallraf als Antwort auf seine Ausführungen zu richten. In dem Briefe heißt es:

In der Friedensfrage und in den Fragen der inneren Neugestaltung versucht man, die Arbeiterklasse irre zu führen. Offensichtlich betreiben die meisten bürgerlichen Parteien Verschleppungs- und Täuschungsmanöver, ohne daß ihnen die Regierung entgegentritt. Die sogenannte Vaterlandspartei hat durch ihr herausforderndes Auftreten Stürme der Entrüstung entfesselt. Arbeiter aller Richtungen und aller Weltanschauungen sind auf das äußerste entschlossen, diesen Kriegshetzern, die die Regierung über die wahre Volksstimmung täuschen, das Handwerk zu legen. Leider muß die Arbeiterklasse auch zu dem Glauben kommen, daß die Annexionisten verstanden haben, die Reichsregierung diesen Wünschen mehr oder weniger geneigt zu machen. Warnend rufen wir Ihnen, Herr Staatssekretär, zu: nicht das geringste bekannt.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 6. Februar. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, in der Gegend von Armentieres und am La Bassee-Kanal war die Artillerietätigkeit am Nachmittage geste.gert. Bei Lens lebhafter Minenkampf.

An der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefeuer vielfach gegen Abend zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Erkundungsvorstöße des Feindes in den Argonnen und östlich von Avocourt wurden abgewiesen.

Gestern wurden sieben feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Leutnant Bongart errang seinen 29. Luftsieg.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Das Volk denkt anders, gänzlich anders, als Sie und die übrigen Regierungsmänner zu glauben scheinen.

Zum Schluß heißt es:

Lassen Sie sich nicht täuschen, wenn etwa andere Arbeiterführer, die keine Massen hinter sich haben, andere Anschauungen kundgeben sollten. Es grollt in der Tiefe! So treu wir in der Heimat und in der Front unsere Pflicht getan haben, so entschieden lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab, die nach allen geschichtlichen Erfahrungen kommen müssen, wenn die noch herrschenden Klassen und die Regierung sich auf Wirtschafts- und Verfassungsformen stützen, die zum Untergange reif sind!

•

Das neue preußische Herrenhaus.

Die Verfassungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses ist am Mittwoch wieder zusammengetreten und ist sich endlich über die Zusammensetzung des neuen Herrenhauses schlüssig geworden. Hierzu soll das Herrenhaus in Zukunft bestehen aus:

1. 48 Vertretern der Städte mit über 50 000 Einwohnern und zwei weiteren Vertretern der Stadt Berlin.
2. 24 Vertretern der übrigen Städte und der Landgemeinden mit über 10 000 Einwohnern.
3. 24 Vertretern der Provinzen sowie einem Vertreter der Hohenzollernschen Lande;
4. 24 Vertretern der ländlichen Selbstverwaltung;
5. 48 Besitzern von Landgütern, die sich zur Zeit der Präsentation bereits 50 Jahre im Besitz derselben Familie befinden und eine Größe von mindestens 15 Hektar haben, oder einen Reinertrag von mindestens 150 M. gewähren;
6. 24 Mitgliedern, welche als Vertreter der Landwirtschaft präsentiert werden;
7. 24 Leitern größerer Unternehmungen der Industrie oder des Handels;
8. 24 Vertretern des Handels und der Industrie, welche von den Handelskammern präsentiert werden;
9. 10 Vertretern des Handwerks;
10. 16 Vertretern der Hochschulen;
11. 16 Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche;
12. 16 Vertretern der Arbeiter;
13. 12 Vertretern der Privatangestellten;
14. 9 Vertretern der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten;
15. 6 Vertretern der Lehrkräfte von höheren und mittleren Schulen, von Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten;
16. 6 Angehörigen der übrigen gelehrten Berufe;
17. 3 Angehörigen von technischen Berufsständen;
18. 3 Berufsangehörigen der bildenden und ausübenden Künste der Literatur und der Presse.

Die Mitglieder zu 12 bis 18 werden aus allerhöchstem Vertrauen berufen, solange für ihre Präsentation keine Präsentationskörper bestehen. Die Bildung dieser Präsentationskörper wird durch Gesetz angeordnet.

Ferner ist beschlossen worden, daß die Personen, die aus königlichem Vertrauen berufen werden, nicht auf Lebenszeit, sondern nur auf 12 Jahre zu berufen sind.

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Vertretung der Arbeiter. Konservative und Freikonservative widersprachen aufs heftigste, daß den Arbeitern ein Präsentationsrecht eingeräumt werde, die Freikonservativen gingen ihren Widerspruch schließlich zurück, so daß die Konservativen allein blieben. Immerhin wurden die Anträge, welche eine höhere Zahl als 16 Arbeitervertreter vorsahen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

•

Kein Reichs-Elektrizitäts-Monopol.

In der bayrischen Kammer erklärte gestern der Minister des Innern, ihm sei von der Absicht eines Elektrizitäts-Monopols

Quittung.

Für Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 16. bis 31. Januar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Familie G. durch G. D. 15.—; 5 Matrosen durch B. 10.—; Landsturmmann D. K. 12.—; Gefreiter L. und Pionier S. 10.—; H. und G.-Berlin N 20.—; W. K.-Berlin 5.—; Handl. u. Korr. d. „Verm." 20.—; Unteroff. W. u. Inf. Sch. 4.—; Genossin K.-Brunsbüttelkoog 5.—; Gefreiter K. 10.—; Unteroffizier A. St. 30.—; Landsturmmann A. G. 2.—; A. A.-Werk Lauta 2.—; Gef. von Kam. ein. bayr. J.-R. durch W. 11.—; M. L.-Tondern durch F. 21.—; Krankenträger H. B. 6.—; B.-Berlin 5.—; Musketier W. E. 3.50; F.-Berlin 1.—; Vizefeldwebel B. 1.—; E. K.-Lingen 3.—; Gefreiter P. B. u. 12 Kam. 13.—; Krafft. R.-Brüssel 5.—; E. B.-Osterode (Ostpr.) 8.—; O. M.-Schöneberg 2.05; Handwerker einer Fuhrp.-Kol. 11.—; P. Sch.-Neukölln 8.—; F. M.-Berlin 3.05; Mehr. Art.- Maate 7.—; Kam. d. Stabes ein. reit. Abt. 8.—; W. S.-Brin.-Pankow 5.—; Matrose E. Str. 24.50; E. B.-Brin.-Lankwitz 20.05; 3 Unteroffiziere 5.—; A.-Durlach 25.—; Feldgrauer W. B 3.—; St.-Berlin 10.—; Gefreiter R. 2.—; Kanonier O. M. 10.—; von ein. abst. tot. Krankenträger 3. Zt. Rumänien 5.—; Feldgrauer Sch. 2.—; Eisenbahner F. Sch. 3.—; Pionier K. —.50; Landsturmmann W. 1.90; C. Sch.-Herzsfelde 5.—; B.-Berlin N 5.—; W. M.-Rautenberg (Ostpreußen) 5.—; K. B.-Brin.-Karlshorst 2.—; E. A.-Berlin 50.—; „Vorw."-Redakt. 63.—; A. M.-Brin.-Friedenau 5.—; M. G. u. F. L.-Berlin 10.—; M.-Neukölln 3.—; Kanonier W. S. 3.—; Gastwirt der Fa. F. Guttmann-Berlin durch C. H. 23.50; Frau L.-Berlin 5.—; W. G.-Treptow 3.—; Leutn. d. R. R. H. 3.—; Landsturmmann W. 3.—; 4 Pioniere d. Westens 11.—; G. W.-Pfefferiß 5.—; Fahrer R. 3.—; 3 Mezker Sold. durch Sch. 5.—; Musiktap. ein. Landst.-Inf.-Bat. 13.—; Unteroff. D. 5.—; Gef. in ein. Lazarett i. Osten durch Sch. u. L. 28.30; Unteroff. J. 10.—; D. K.-Berlin 10.—; F. G.-J. z. Zt. im Felde 10.—; 5 Kam. in ein. Ek.-Pferde-Dep. 44.80; Wehrmann W. K. 5.—; Freunde aus Zarrentin i. M. 16.—; Krankenträger E. S. 10.—; Wehrmann E. 1.—; Kanonier O. R. 2.85; von Kranken ein. Lazaretts durch K. 16.—; 10 Kam. ein. Flieger-Abtlg. i. Westen 10.—; Landsturmmann M. M. 2.—; Kam. aus ein. Banr. Feldl. durch B. 4.—; Matr.-Art. G. 3.—; B. ein. Scheinwerfertrupp durch R. F. 19.—; Bez. Gr. Thüringen, a cto. Listensammlung 120.—; Bez. Mecklenbg.-Lübeck, a cto. Listensammlung 230.80; C. M.-Potsdam 3.—; B. L.-Breslau 3.—; W. L.-Rauen 10.—; Sch.-Berlin —.50; Landsturmmann Sch. —.40; 4 Sold. durch D. P.-Schwerin i. M. 4.03; Unteroff. A. L. 1.50; J.-Berlin —.50; Personal d. Buchdr. H. S. Hermann-Berlin durch K. 132.05; Arm.-Soldat R. G. 10.—; v. 38 Kam. ein. Pionierp. ein. Landw.-Inf.-Reg. i. Westen durch H. H. 52.—; Kam. d. M. G. K. ein. Matr.-Reg. 16.50; Frl. G., Gastwirtsgehilfin 5.—; „Vorwärts"-leser, Pallasstraße, 20.—; 2 Gefr. d. M. G. K. ein. Inf.-Reg. 4.—; Frau K.-Berlin 5.—; v. ein. Pionierpark durch Sch. 36.—; Kam. ein. Parktomp. 3.—; Gef. v. 4. Landsturmleuten i. Osten 4.—; Landsturmm. H. K. 1.—; L.-Schöneberg 5.—; Dragoner W. J. 4.—; v. Angest. in Stuttgart z. Bekämpfung der Gegner ein. Verständigungsfriedens 30.—; E. B.-Ludwigshafen a. Rh. 5.—; F. J. und Frau, Remscheid, 20.—; Ref.-Inf.-Reg. 11/254 durch Sch. 84.90.

Berlin, den 1. Februar 1918. Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Lindenstr. 3; auch kann auf Postscheckkonto Nr. 7918 Fr. Bartels, F. Ebert, O. Braun beim Postscheckamt Berlin eingezahlt werden.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 7. Februar 1918.

Schadenfeuer. Am Dienstag abend brannte in einem in der Lettiner Straße befindlichen Schrebergarten ein Bretterschuppen nieder. Dabei verbrannten die in dem Schuppen befindlichen 20 Kaninchen, 2 Hühner und verschiedene Gerätschaften. Der Gesamtschaden beträgt etwa 350 M. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Thalia-Theater. Am Sonntag kommt Sudermanns Schauspiel: Die Ehre durch das Stadttheaterpersonal zur Aufführung.

Weißenfels. Eine Besprechung von Kriegsbeschädigten findet Freitag abend im Lokal Goldener Löwe, Merseburger Straße, statt.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kunstkonig. Von Freitag an auf Marke 133 des Warenbezugscheins 13 jede Person ½ Pfund.

Gemüse-Konserven. Freitag, vormittag von 8½—12 Uhr an: Nr. 35 001—38 500, nachmittag von 2—6 Uhr an: Nr. 38 501 bis 42 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Abzugeben ist der Abschnitt 130 des Warenbezugsscheins 12. Jede Person ein Pfund; zugelassen sind nur diejenigen Haushalte, die die ihnen zustehende Menge in den Kleinhandelsgeschäften noch nicht bekommen konnten.

Quark. Freitag 8½—12 Uhr in den Molkereigeschäftsstellen der Rienberger Molkerei. Für Kinder von 6—12 Jahren auf die Lebensmittelscheine Nr. 3501—7000. Jede Person 200 g für 25 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180207-16/fragment/page=0003

Die Vorgeschichte Europas.

V. Die Bronzezeit.

Vorträge von Dr. H. Hahne,

Direktor des Provinzialmuseums zu Halle.

Nach dem Ende der nordischen Vereisung im Diluvium und dem Abfluß der im Anschluß an sie auftretenden weitergreifenden geographischen und klimatischen Umänderungen in Mittel- und Nordeuropa hatten sich hier die ersten geschlossenen und reich besiedelten Kulturkreise in der „jüngeren Steinzeit" herausgebildet. Höchstwahrscheinlich hervorgegangen aus eiszeitlichen Menschengruppen Westeuropas (Nachkommenschaft der Rasse von Aurignac) war eine rassisch so gut wie einheitliche Gruppe um die weistliche Ostsee die Südskandinavien und Norddeutschland später weiter hinaus strahlend festhaft geworden, deren Kulturbild archäologisch durch die „Tiefstichkeramik" zu kennzeichnen ist. In den Donauländern und allmählich hinauf durch Süddeutschland bis Westfrankreich sowie nach Südosten bis in die Balkanländer war eine zweite große Gruppe bodenständig geworden. Für kulturarchäologischer Ausdruck ist die „Bandkeramik". Auch diese Menschen waren wohl ausgegangen von Westeuropa, stammverwandt mit dem Nordkreis, aber offenbar von vornherein, da sie ständig eisfrei gebliebene Gebiete besiedelten, vermischt mit an sich dem Aurignac-Menschen ebenfalls urverwandten Rassenteilen (Löß-Mensch). In Südeuropa und um das Mittelalter und weiterhin in Nordafrika und Vorderasien entstehen gleichzeitig weniger scharf abgegrenzte rassisch weist nicht klare Gruppen. Im Zweistromland bildet sich in dieser Zeit eine Sonderkultur, begonnen von den sogenannten Sumerern, die wohl aus dem iranischen Berglande kamen. Unter Jahrhunderten selbst Jahrtausenden fortgesetzem Wechsel der Herrenbevölkerung, bei deren sich folgenden Schüben semitische, also ursprünglich arabische und ihrer Herkunft nach dunkle vorderasiatische Stämme wechseln bis spätestens vom Ende des 2. Jahrtausends ab, stärker und stärker Indogermanen als Mischtreile und Beherrschende auftreten, bleibt die babylonische Kultur immer in gleichen Bahnen. Im Nilande erscheint in jener Zeit ebenfalls eine schnell aufblühende Sonderkultur, getragen von einer im Beginn der vorgeschichtlichen Gegenwart entstandenen, aus afrikanischen und wohl mittelmeerländischen Elementen zu einer Dauerrasse verschmolzenen Menschengruppe. Auch diese ägyptische Kultur bleibt trotz vieler rassischer und politischer Wandlungen in ihren Grundzügen einheitlich. —

Auf den Auswirkungen dieser drei altweltlichen Rassen- und Kulturgruppen beruhen die ältesten Schicksale Europas, Nordafrikas und Vorderasiens. — Durch natürliche Bedingungen begünstigt blühte die ägyptische und babylonische Kultur früher zu städtisch und staatlich einheitlich gegliederten Gebilden empor mit großer Ausdehnungskraft, der die natürlichen fließenden Grenzen ihrer Wohnbezirke Vorschub leisteten. Der europäische Norden ist rassisch auf Jahrtausende so gut wie ddng einheitlich und in der Kulturentwicklung ist seit dem Beginn der erdgeschichtlichen Gegenwart auf Grund der Ergebnisse der neuzeitlichen Vorgeschichtsforschung ebenfalls die große einheitliche Linie zweifellos festzustellen, und sie ist noch einheitlicher als in jenen anderen Kreisen. Die alten Ansichten von der Ueberlegenheit ägyptischer und babylonischer Kulturentflüsse gehören der wissenschaftlichen Vergangenheit an; weder ägyptisches noch babylonisches ist im altgermanischen Kreise nachweisbar neben gelegentlichen stets nur auf kleinste Kulturbruchteile bezüglichen Folgen von Handelsbeziehungen. Mit Sicherheit wissen wir anderseits, daß auch der nordeuropäische Kreis starke Einflüsse nach außen gewirkt hat, und zwar infolge von ständigen reichlichen Auswanderungen, die bereits um 2000 im vollen Gange sind und noch unserer heutigen Ansicht die Kerne der indogermanischen Völker, wenigstens deren Herrenschichten, bis nach Asien führten. So beginnt heute eine sich mehr und mehr bereichernde Umkehrung der alten Annahmen, und manches ägyptische und babylonische scheint europäischen und nordeuropäischen Ursprungs zu sein.

Es sind sicher grundzüglich gleiche Vorgänge gewesen wie die frühgeschichtliche sogenannte germanische Völkerwanderung, als aus den nordmitteleuropäischen Kreis am Ende der jüngeren Steinzeit Ausstrahlungen stattfanden, deren Spuren wir archäologisch von ihren Ausgangsgebieten heute bereits gut verfolgen können. An manchen Stellen, so im nordgriechischen Gebiet haben wir bereits die Fäden in der Hand, die von den geschichtlichen Volks- und Kulturgruppen in die vorgeschichtliche mittel- und nordeuropäische Heimat zurückleiten. Dasselbe gilt von Norditalien und Westeuropa. Die Anfänge der Griechen, Thrager und der vorderasiatischen Indogermanen, sowie die der alten Italiker und der Kelten werden uns immer deutlicher, der alte steinzeitliche Ostseekreis hat sich als die Germanenheimat erwiesen, des rassenreinsten und kultureinheitlichsten indogermanischen Bezirkes.

Mit der Wende des 2. zum 1. Jahrtausend klingt die „jüngere Steinzeit" in ganz Europa aus. Ob die, ganz allmählich eintretende Metallverwendung auf „von auswärts" kommenden Einflüssen beruht ist zum mindesten unsicher, sicher dagegen ist, daß von Anfang an in Europa durchweg eigenartige Formen in Schmuck und Geräten auftreten neben verschwindenden Ausnahmen, und daß der Norden seine ersten Metalldinge und vor allen das Metall selbst zuerst von Mittel- und Südeuropa bekommen zu haben scheint, und daß der Eintritt der ersten Metallzeit, der sogenannten Bronzezeit, nach einem kurzen, der ältesten Steinzeit angehörigen Zwischenspiel, der sogenannten Kupferzeit, die Folge ist der weitverzweigten spätsteinzeitlichen Auswanderungen: also ein „Kulturrückstrom" aus den neu gewonnenen Siedlungsbezirken. In kürzester Zeit entwickelt sich in ganz Europa und ganz besonders im Norden eine völlig selbständige bronzezeitliche Kultur. Im germanischen Ostseekreis ist bereits in der sogenannten 2. Periode der Bronzezeit (um 1600 v. Chr.) eine bis in die feinsten Einzelheiten völlig eigenartige Sachkultur nachweislich, die auf alten heimischen Ueberlieferungen aufgebaut ist. Wie in der steinzeitlichen Blüte ist es wiederum die auffallende Zweckmäßigkeit allen Schmuckes, aller Geräte und der Waffen, verbunden mit wohltuend einheitlicher und einfacher Zierweise, die völlig von dem Sachzweck der Gegenstände ausgeht, — die der ganzen Bronzezeitkultur des germanischen Kreises ihr Gepräge verleiht. Wie seit den steinzeitlichen Anfängen ist die Besiedlung des Nordkreises ständig sehr stark: infolge des althergebrachten Kinderreichtums, auf dem im letzten Grunde auch die dauernden Auswanderungen beruhen. Die strenge, zähe Arbeit aber wohl zugängliche Natur des Landes hat ständig ein hartes ausdauerndes fruchtbares Geschlecht erzeugt, das seit der Vorzeit in der Weltgeschichte stets gerade auf Grund dieser Eigenschaften seine Rolle gespielt hat. Und auch gerade im Verlauf der bronzezeitlichen Blütezeit spielt die bis in die Feinheiten handwerklicher Technik hinein ausgeprägte, langsame aber sichere und stets folgerichte Entwicklungskraft eine große Rolle, und sie tritt schon sehr frühzeitig hervor im schärfsten Gegensatz zu dem mehr auf „Modewechsel" und Zugänglichkeit für fremde Einflüsse beruhenden, sprunghaften Kulturveränderlichkeit in näher und weiter benachbarten Kulturkreisen.

„Die typologischen Entwicklungsreihen" der Beile, der Gewandhaften (Fibeln), der Schwerter usw. wie sie im germanischen Kreise Jahrhunderte lückenlos verfolgbar sind, haben nirgends ihresgleichen. Die wissenschaftliche Methode, die sich gerade an diesem Abschnitt der nordeuropäischen Vorzeit maßgeblich herausgebildet hat, ist die Grundlage geworden für die gesamte Vorzeitforschung. Form- und Stielentwicklungsreihen, gestützt und bereichert durch Untersuchen über zeitliche Abfolgen auf Grund geologischer und rein archäologischer Untersuchungen, beides verarbeitet auf Grund kartographischer, die geographischen Verbreitungen untersuchenden und die statistischen Verhältnisse aufklärenden Arbeitsweisen, — dies alles endlich zu geschlossenen Bildern für einzelne Zeitabschnitte und landschaftliche Gebiete vereinigt, ergibt eine Abfolge von Kulturkreisen größerer und kleinerer Art, von Wandlungen und Wanderungen, hinter denen die Schicksale der Träger stehen.

In den bardfolgenden Jahrhunderten bereits treten die ersten sicheren Möglichkeiten von historischer Namhaftmachung dieser Kultur- und Völkergruppen auf. Die Richtigkeit unserer vorgeschichtlichen Arbeitsweisen erfährt hier ihre Bestätigung dadurch, daß innerhalb der geschichtlichen Wandlungen und Wanderungen von Menschengruppen immer auch die kulturellen Begleiterscheinungen noch denselben Gesetzen, wie bei den namenlosen Gruppen der Vorzeit sich vollziehen: auch die Eigenheiten gewisser Kulturen bleiben in historischer Zeit bestehen, so im germanischen Norden ständig die folgerichtige langsame Weiterentwicklung der gesamten Kultur, beruhend auf eigensinnigem starkem Festhalten der eigenen durch Jahrtausende ererbten Art. Dieser Grundzug ermöglicht es auch jederzeit, kleinere und größere Einflüsse aufzunehmen und schnell restlos zu Eigenem zu verarbeiten. Bis in die Urzeit zurückzuverfolgen ist auch die bedingungslose Ablehnung fremder Vorherrschaft auf politischem wie auf kulturellem Gebiet.

Verordnung

über Bier und bierähnliche Getränke.

Auf Grund der Verordnung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401)

18. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 823)

wird für das Gebiet der Norddeutschen Brausteuergemeinschaft verordnet:

§ 1.

Bier und bierähnliche Getränke (§ 2 Abs. 1 b), deren Stammwürze mehr als drei vom Hundert an Extraktstoffen enthält, dürfen nicht hergestellt werden.

§ 2.

Beim Verkaufe durch den Hersteller darf der Preis für 100 Liter in Fassern nicht übersteigen:

a) für untergäriges und obergäriges Bier: 23 M.;
b) für bierähnliche Getränke im Sinne des Brausteuergesetzes vom 15. Juli 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 773) und für sonstige bierähnliche Getränke (Erlaßbiere): 21 M.

Der Höchstpreis schließt, wenn die Ausschankstätte am Orte der Herstellung liegt, die Kosten der Beförderung bis zu dieser und die Kosten der Rückbeförderung der leeren Fässer, wenn Versendung nach einem anderen Orte als dem Herstellungsorte mit Bahn oder Schiff erfolgt, die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Herstellungsorts und die Kosten der Rückbeförderung der leeren Fässer von dieser Stelle ab sowie die Kosten des Ein- und Ausladens daselbst ein. Erfolgt die Versendung nach einem anderen Orte als dem Herstellungsorte nicht mit Bahn oder Schiff, so schließt der Höchstpreis die Kosten der Beförderung innerhalb des Herstellungsorts und die Kosten der Rückbeförderung der leeren Fässer in dem gleichen Umfang ein.

Der Höchstpreis in Abs. 1, 2 gilt auch, außer in den Fällen des § 5, beim Verkaufe durch andere Personen als den Hersteller, wenn diese Personen oder der Erwerber am Orte der Herstellung ihre gewerbliche Niederlassung oder ihren Wohnsitz haben.

Der Höchstpreis gilt nicht bei Abgabe von Bier und bierähnlichen Getränken im eigenen Ausschank des Herstellers.

Verträge über Lieferung von Bier oder bierähnlichen Getränken, welche zu höheren als den nach Abs. 1 bis 3 zulässigen Preisen abgeschlossen sind, gelten mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung als zum Höchstpreis abgeschlossen, soweit die Lieferung zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgt ist.

§ 3.

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können niedrigere als die im § 2 bestimmten Preise festsetzen. Sie können bestimmen, daß Verträge, die vor Inkrafttreten der von ihnen festgesetzten Höchstpreise zu einem höheren Preise abgeschlossen sind, als zum Höchstpreis abgeschlossen gelten, soweit nicht die Lieferung vor diesem Zeitpunkt erfolgt ist.

Die im Abs. 1 genannten Behörden oder Stellen können für den Weiterverkauf, soweit er nicht im § 2 bereits geregelt ist, sowie für den Verkauf in Flaschen Höchstpreise festsetzen.

§ 4.

Der Höchstpreis (§§ 2, 3) ermäßigt sich für Bier und bierähnliche Getränke, die vom Hersteller aus einem anderen Brausteuergebiet geliefert werden, um die im Herstellungsgebiete gewährte Ausfuhrvergütung.

§ 5.

Die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften sowie von anderen Betrieben, die Bier oder bierähnliche Getränke offen oder in Flaschen oder anderen Gefäßen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutlich sichtbaren Aushang in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Verkaufspreise für diese Getränke in den zum Ausschank oder Verkaufe kommenden Maßen bekanntzugeben.

Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden.

§ 6.

Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung.

§ 7.

Bier und bierähnliche Getränke (§ 2 Abs. 1 b) dürfen nicht untereinander gemischt verkauft werden.

§ 8.

Die in dieser Verordnung oder auf Grund dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25), 23. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 183) und 22. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 253).

§ 9.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer Bier oder bierähnliche Getränke mit einem höheren als dem nach § 1 zugelassenen Stammwürzegehalte herstellt oder dem Verbot im § 7 zuwiderhandelt;
2. wer die gesetzlich angekündigten Preise überschreitet;
3. wer den gemäß § 6 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 10.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark wird bestraft, wer der ihm nach § 5 Abs. 1 obliegenden Verpflichtung nicht nachkommt.

§ 11.

Die Vorschriften dieser Verordnung finden keine Anwendung auf Bier, das auf Anfordern der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist.

§ 12.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 13.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung über Bier vom 20. Februar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 162) außer Kraft.

Berlin, am 24. Januar 1918.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.
von Waldow.

Jagdpachtung.

Die Jagdnutzung des 7. gemeinschaftlichen Jagdbezirks (Halle-Cröllwitz) auf die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1923 soll am

Donnerstag, dem 14. Februar 1918, vormittags 11 Uhr

im Stadthause, Marktplatz 2, Beratungszimmer 3, öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen haben vom 10. bis 24. Januar 1918 öffentlich ausgelegen, werden auch im Termin nochmals bekannt gemacht werden.

Halle, am 5. Februar 1918.

Der Jagdvorsteher.

Als Schneidermeister empfiehlt sich für alle vorkommenden Arbeiten, wie auch Wenden, Aendern von Herren- u. Damengarderobe.
O. Heimsath & Sohn, Steg 19.

Gute Schlafstellen für Fabrikarbeiterinnen sind zu melden an die Fürsorgevermittungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Poststr. 16, Zimmer Nr. 14. Vermittlung kostenlos.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. **U.T** **Leipziger Straße 88** Fernruf 1224.

Das Tagebuch des Dr. Hart. Film in 1 Vorspiel und 3 Akten von Hans Brennert.

„Der Blusenkönig" mit **Ernst Lubitsch.** Lustspiel in 3 Akten.

Gunnar Tolnaes der Darsteller des **Maharadscha** in **Der Mann ohne Gnade.** Drama in 3 Akten.

Rossi Oswalda in **„Wenn vier dasselbe tun".** Lustspiel in 3 Akten.

Infolge des überaus großen Andranges zu den **Abend-Vorstellungen** bitten wir **dringend,** im eigensten Interesse die **Nachmittags-Vorstellungen** zu besuchen.

Hallescher Hausfrauenbund
Sonnabend, den 9. Februar 1918, abends 8 Uhr
St. Nikolaus.
Tagesordnung:
1. Arbeit der Hausfrauen in der Kriegszeit.
2. Bericht über Vereinsarbeit.
a) Küchenabfallsammlung.
b) Mitarbeit bei der Preisprüfungsstelle, [862
c) Kochtisten-Beratungsstelle.
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Stadt-Theater
Freitag, 8. Februar: Anfang 7,30 Uhr Ende 10,30 Uhr
Othello
Oper von Verdi.
Sonnabend nachm.: **Nathan der Weise,** abends: **Sinfonie-Konzert.**

Alt-Papier
sowie **Geschäftsbücher** zum Einstampfen kauft stets [519
A. Samuel,
Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592.

Thalia-Theater
Gastspiele des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 10. Februar 1918 abends 7½ Uhr:
Die Ehre
Schauspiel von Sudermann.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
= Mundharmonikas =
Mandolinen, Gitarren
Wiener Liehharmonikas.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

Schürzen,
schön und preiswert, alle Macharten, in schwarz, weiß u. bunt, im [494
Kaufhaus H. Elkan,
Leipziger Straße 87.

In Freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180207-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 32. Halle, Donnerstag den 7. Februar 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Februar 1918.

Kleinwohnungsbau.

Die Bestrebungen zur Beschaffung von Kleinwohnungen, um der kommenden Wohnungsnot vorzubeugen, sind im besten Flusse. Viele Kreise, die früher leider kein Interesse für diese Frage hatten, stellen sich in den Dienst der Sache oder unterstützen sie finanziell. Es scheint fast, als ob eine Anzahl Hemmnisse, die früher bestanden haben, beseitigt seien. Das ist aber nur eine Täuschung. Werden doch über kurz oder lang die in den Verwaltungskörperschaften dominierenden engherzigen organisierten Hausbesitzer gegen die Maßnahmen, die zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen, Sturm laufen.

Manche Stadt- oder Gemeindeverwaltung wird da einen schweren Stand haben. Das Grundübel besteht eben in den bestehenden ungleichen Kommunalwahlrechten. Herabgemindert kann dieser Widerstand nur werden, wenn von der Regierung nachdrücklich in der Lösung der Wohnungsfrage vorgegangen wird. Nur durch Beseitigung veralteter Wahlsysteme können rückständige Hemmnisse in der Lösung der Wohnungsfrage beseitigt werden.

Der Ausführung von Kleinwohnungsbauten stellen sich aber noch weitere große Hindernisse in den Weg. Vor allem ist es unmöglich, bei den jetzt bestehenden Materialpreisen zu bauen. Die Wohnungen würden so teuer, daß die Mietpreise in ein arges Mißverhältnis zum Einkommen der Minderbemittelten kommen würden. Die Preise der Baukonstruktionen betragen jetzt das Doppelte und mehrfache gegen früher. Es ist aber nicht zu hoffen, daß auf dem Wege des freien Spiels der Kräfte eine normale Preisgestaltung eintritt. Gerade auf diesem Gebiete ist eine Konjunkturausnützung erfolgt, die für die kommende Zeit nichts Besseres erwarten läßt. Die Bautätigkeit wird infolge des Bedarfs stark zunehmen und einen Anreiz zu hohen Baumaterialpreisen geben. Da heißt es vorbeugen. Ohne staatliche Hilfe wird es kaum gehen. Die Beschaffung von Bauholz könnte dadurch erleichtert werden, daß der Forstfiskus für gemeinnützige Zwecke die Preise für Bauholz herabsetzt. Die Beschaffung von billigem Bauholz aus östlichen Gebieten wäre auch ein Weg, scheint aber durch die Transportschwierigkeiten kaum gangbar zu sein. Die Bauhölzer könnten zu den Bearbeitungskosten an verschiedene Betriebe gegeben werden und diese geben sie an die Bedarfsstellen ab. Die Militärbehörden könnten durch Ueberlassung verschiedener Materialien fördernd wirken. Weit schwieriger gestaltet sich die Sache für Bausteine, Ziegel, Zement und dergleichen. Die Erzeuger sind in Ringen und Syndikaten zusammengeschlossen und werden versuchen, infolge ihrer Monopolstellung die Preise möglichst hoch zu halten. Hier wird es kaum anders gehen, als daß durch den Staat auf dem Verordnungswege regelnd eingegriffen wird.

Um einer kommenden Wohnungsnot und ihren bösen Begleiterscheinungen vorzubeugen, muß im Interesse des ganzen Volkes und besonders unserer heimkehrenden Krieger rasch gehandelt werden. Wo ein Wille zur Tat ist, da ist auch ein Weg!

Zur allgemeinen Metallabgabe

wird von der Handelskammer Halle durch folgende Zeilen aufgefordert:

Die gegenwärtige ernste Metallage macht es unbedingt erforderlich, daß die in allen Betrieben von Industrie, Handel und Handwerk noch verfügbaren abgabefähigen Sparmetallbestände (Kupfer, Rotguß, Bronze, Messing, Nickel, Zinn, Aluminium, Neusilber usw.), und zwar in jedem Fabrikationszustande, dem Heeresbedarf umgehend zugeführt werden. Soweit dieselben beschlagnahmt und meldepflichtig sind, ist dem Vernehmen nach mit ihrer demnächstigen Enteignung zu rechnen. Aber auch die bisher nicht meldepflichtigen kleinen Bestände (z. B. Roh-, Altmetall, Vorfabrikate aus Messing unter 150 kg.), die beschlagnahmt sind, sowie die beschlagnahmefreien Metallerzeugnisse dürften in Kürze zwangsweise erfaßt werden.

Die freiwillige Abgabe aller dieser Materialien ist den beteiligten Kreisen von Industrie, Handel und Handwerk um so angelegentlicher zu empfehlen, als sie erfahrungsgemäß — bei vielfach günstigeren Uebernahmepreisen — die Härten vermeidet, welche mit der Enteignung unvermeidlich verbunden sind.

Auf Anregung der zuständigen Stellen ist in unserem Bezirk die endstehend näher bezeichnete Vertrauensstelle für freiwillige Sparmetallabgabe errichtet worden. Ihre Aufgabe ist es, den Ankauf aller mobilen beschlagnahmten und beschlagnahmefreien Sparmetallbestände in jedem Fabrikationszustande, sofern sie zur gewerbsmäßigen Weiterverarbeitung bezw. Verdünkerung bestimmt sind oder sich als Verbrauchsersatz auf den Fabriklägern befinden, zu vermitteln. Hierbei wird die Vertrauensstelle die Abgeber in allen einschlägigen Fragen sowie bei den Preisverhandlungen in uneigennütziger Weise beraten.

Bei der nachstehenden Vertrauensstelle sind nicht anzubieten die in den Betrieben eingebauten sogen. immobilen Maschinenteile, Apparate, Rohrleitungen, Kessel, elektrische Anlagen, Bläbleiter usw., welche von der Metall-Mobilmachungsstelle, Berlin SW, Wilhelmstraße 20, erfaßt werden, sowie die in den Haushaltungen und Geschäften bisher im Gebrauche befindlichen, nicht zur gewerbsmäßigen Veräußerung bestimmten Haushaltungs- und Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing und Nickel. Letztere werden nach wie vor von den kommunalen Sammelstellen angekauft.

Allen Firmen unseres Bezirkes wird hiermit nachdrücklichst empfohlen, den von der Vertrauensstelle oder ihren ehrenamtlich tätigen Beauftragten ergehenden mündlichen oder schriftlichen Aufforderungen zur freiwilligen Sparmetallabgabe im eigenen wie im vaterländischen Interesse weitgehendste Folge zu leisten.

Da die schwebenden Friedensverhandlungen mit Rußland nach Lage der Dinge noch keineswegs irgendwelche Aussicht auf einen demnächstigen allgemeinen Frieden zulassen, muß jede Zurückhaltung von Sparmetallbeständen aus privat-wirtschaftlichen Gründen im Interesse der Erhaltung und Schlagfertigkeit unserer Armeen unbedingt vermieden werden!

Die Adresse der im hiesigen Bezirk zuständigen Vertrauensstelle ist: Dipl.-Ing. Volhard, Halle, Kronprinzenstraße 2.

Der Vaterlandspartei

und ihrer unwahrhaften und den Krieg verlängernden wüsten Agitation

zum Trotz

ist es Pflicht der arbeitenden Klassen, die Reihen dichter zu schließen und einig zu sein im Kampfe für Frieden und Fortschritt.

Darum

werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei!

* **Veränderungen bei Kriegsunterstützungen angeben.** Da wiederholt Kriegerfrauen unberechtigt Kriegsunterstützung weiterbezogen haben, weist die Kriegsunterstützungskommission Halle darauf hin, daß jede Veränderung in den Einkommens- oder Familienverhältnissen, die eine Ermäßigung oder Einstellung der Kriegsunterstützung zur Folge haben kann, dem zuständigen Armenpfleger oder ihr selbst schriftlich oder mündlich bei Meidung der Rückforderung zu mit erhöhener Unterstützung und gerichtlicher Bestrafung sofort anzuzeigen ist. In Frage kommen hauptsächlich: Beförderung zum Feldwebel, Feldwebelleutnant oder Offizier, Entlassung aus dem Heeresdienst, Beurlaubung oder Entlassung zur Arbeit, Ableben eines Kindes, Erlangung oder Erhöhung von Arbeitsverdienst (auch der Kinder über 15 Jahre), Arbeitsbeginn, Unterstützung, Unterstützungen von Verwandten oder Dritten, Fortfall oder Ermäßigung der Mietsverbindlichkeiten, Unterbringung von Angehörigen in Kranken- oder anderen Anstalten usw.

* **Fahrplanänderungen für Sonn- und Festtage.** Von Sonntag, 10. Februar an fallen die Personenzüge 433 Magdeburg—Halle (ab 10,50) — Leipzig (an 11,56) und 436 Leipzig (ab 2,15) — Halle (an 3,23) — Magdeburg zwischen Halle und Leipzig Sonn- und Festtags aus. Vom gleichen Tage an fallen die Personenzüge 806 Berlin — (ab 1,31) — Halle (an 6,01) — Bebra und 807 Eisenach—Halle (ab 11,05) — Berlin (an 4,35). Sonn- und Festtags zwischen Berlin und Halle aus. Und endlich fallen von diesem Tage an die Personenzüge 579 Sangerhausen (ab 4,24) — Halle (an 6,15) und 588 Halle (ab 9,20) — Sangerhausen (an 11,27) Sonn- und Festtags ganz aus.

* **Die neuen Eisenbahnfahrpreise.** Am 1. April tritt bekanntlich eine Verteuerung des Reiseverkehrs im ganzen Deutschen Reiche in Kraft. Der zugunsten des Reiches zu erhebende Zuschlag ist nach Wagenklassen festgestellt, er beträgt für die bisher steuerfreie 4. Klasse 10 Prozent des Fahrpreises, für die übrigen Klassen 12 bis 16 Prozent des Fahrpreises (12 Prozent in der 3., 14 Prozent in der 2., 16 Prozent in der 1. Klasse). Zugunsten der Staatseisenbahnverwaltungen wird ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben. Infolgedessen erhöhen sich die kilometrischen Einheitssätze in der 4. Klasse von 2 auf 2,2 Pf., in der 3. Klasse von 3 auf 3,3 Pf., in der 2. Klasse von 4,5 auf 4,95 Pf., in der 1. Klasse von 7 auf 7,7 Pf. Diese erhöhten Sätze erhöhen sich weiter um die Staffelsätze der Reichsverkehrssteuer, nämlich in der 4. Klasse um 10 Prozent von 2,2 auf 2,4, in der 3. Klasse um 12 Prozent von 3,3 auf 3,7, in der 2. Klasse um 14 Prozent von 4,95 auf 5,7, in der 1. Klasse um 16 Prozent von 7,7 auf 9. Pf. Auch die Beförderung des Reisegepäcks verteuert sich um durchschnittlich den dritten Teil des jetzigen Preises.

* **Bessere Bahnhofsverpflegung für Schnellzugsreisende.** Von den Schwierigkeiten der Verpflegung werden auch die Reisenden auf längeren Fahrten sehr empfindlich betroffen. Die vielen und berechtigten Klagen darüber haben den preußischen Eisenbahnminister zu einem Erlaß veranlaßt, worin darauf hingewiesen wird, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen, insbesondere wegen des Wegfalls einer großen Anzahl von Speisewagen, ein dringendes Bedürfnis ist, daß auf den Bahnsteigen größerer Bahnhöfe, auf denen Schnell- und Eilzüge nach längerer Fahrt genügenden Aufenthalt haben, für weiterfahrende Reisende Lebensmittel bereit gehalten werden. Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß von den Bahnwirten diesem Bedürfnisse nach Möglichkeit entsprochen wird.

* **Klagen über die Jerabahn Halle—Merseburg** werden von Zeit zu Zeit laut. Jetzt bringt der Merseburger Correspondent diese: Eine besonders unangenehme Straßenbahnfahrt von Halle nach Merseburg mußten verschiedene Merseburger Sonnabend abend unternehmen. Trotz ruhigen Wetters, das weder Störungen vermuten ließ noch solche gerechtfertigt gehabt hätte, ging es doch nicht glatt. Gegen 7 Uhr liefen auf dem Riebedplatz in Halle gleich mehrere Züge hintereinander ein, an denen einmal das Erkennungszeichen Merseburg oder Ammendorf fehlte und deren Führer- und Begleitpersonal andererseits selbst nicht

Das Abenteuer der Neujahrsnacht.

1] Novelle von Heinrich Zschokke.

1.

Mutter Käthe, des alten Nachtwächters Frau, schob am Silvesterabend um neun Uhr das Zugfensterlein zurück und steckte den Kopf in die Nacht hinaus. Der Schnee flog in stillen, großen Flocken, vom Fensterlicht gerötet, auf die Straßen der Residenz nieder. Sie sah lange dem Laufen und Rennen der frohen Menschen zu, die noch in den hell erleuchteten Läden und Gewölben der Kaufleute Neujahrsgeschenke einkauften, oder von und zu Kaffeehäusern und Weinkellern, Kränzchen und Tanzsälen strömten, um das alte Jahr mit dem neuen in Lust und Freuden zu vermählen. Als ihr aber ein paar große, kalte Flocken die Nase belegten, zog sie den Kopf zurück, schob das Fensterlein zu, und sagte zu ihrem Manne: „Gottliebchen, bleib zu Hause, und laß die Nacht den Philipp für dich gehen. Denn es schneit vom Himmel, wie es mag, und der Schnee tut, wie du weißt, deinen alten Beinen kein Gutes, auf den Gassen wird es die ganze Nacht lebhaft sein. Es ist, als wäre in allen Häusern Tanz und Fest. Man sieht viel Masken. Da hat unser Philipp gewiß keine Langeweile."

Der alte Gottlieb nickte mit dem Kopfe und sprach: „Käthchen, ich laß es mir wohl gefallen. Mein Barometer die Schußwunde über dem Knie, hat mirs schon zwei Tage voraus gesagt, das Wetter werde ändern. Billig, daß der Sohn dem Vater den Dienst erleichtert, den er einmal von mir erbt."

Nebenbei verdient hier gesagt zu werden, daß der alte Gottlieb vor Zeiten Wachtmeister in einem Regiment seines Königs gewesen, bis er bei Erstürmung einer feindlichen Schanze, die er der Erste im Kampf für das Vaterland erstieg, zum Krüppel geschossen war. Sein Hauptmann, der die Schanze bestieg, nachdem sie erobert war, empfing für solche Heldentat auf dem Schlachtfelde das Verdienstkreuz und Beförderung im Rang. Der arme Wachtmeister mußte froh sein, mit dem zerschossenen Bein lebendig davon zu kommen. Aus Mitleiden gab man ihm eine Schulmeisterstelle, denn er war ein verständiger Mann, der eine gute Handschrift hatte und gern Bücher las. Bei Verbesserung des Schulwesens ward ihm aber auch die Lehrerstelle entzogen, weil man einen jungen Menschen, der nicht so gut, als er, lesen, schreiben und rechnen konnte, versorgen wollte, indem einer von den Schulräten dessen Pate war. Den abgesetzten Gottlieb aber beförderte man zum Nachtwächter, und adjungierte ihm seinen Sohn Philipp, der eigentlich das Gärtnerhandwerk erlernt hatte.

Die kleine Haushaltung hatte dabei ihr kümmerliches Auskommen. Doch war Frau Käthe eine gute Wirtschafterin und gar häuslich, und der alte Gottlieb ein wahrer Weltweiser, der mit wenigem recht glücklichsein konnte. Philipp verdiente sich bei dem Gärtner, in dessen Lohn er stand, sein tägliches Brot zur Genüge, und wenn er bestellte Blumen in die Häuser der Reichen trug, gab es artige Trinkgelder. Er war ein hübscher Bursche von sechsundzwanzig Jahren. Vornehme Frauen gaben ihm bloß seines Gesichts wegen ein Stück Geld mehr, als jedem andern, der eben solch ein Gesicht nicht aufweisen konnte.

Frau Käthe hatte schon das Mänteschen umgeworfen, um aus dem Gärtners Hause den Sohn zu rufen, als dieser in die Stube trat.

„Vater", sagte Philipp, und gab dem Vater und der Mutter die Hand, „es schneit, und das Schneewetter tut dir nicht wohl. Ich will dich die Nacht ablösen, wenn du willst. Lege du dich schlafen."

„Du bist brav!" sagte der alte Gottlieb.

„Und dann, habe ich gedacht, morgen sei es doch Neujahr", fuhr Philipp fort, „und ich möchte morgen bei euch essen und mir gütlich tun. Mütterchen, hast vielleicht keinen Braten in der Küche . . ."

„Das eben nicht", sagte Frau Käthe, „aber doch anderthalb Pfund Rindfleisch, Erdäpfel zum Gemüs, und Reis mit Lorbeerblättern zur Suppe. Auch zum Trunk noch ein paar Flaschen Bier. Kommt du nur, Philipp; wir können morgen hoch leben! Künftige Woche gibt es auch wieder Neujahrsgeld für die Nachtwächter, wenn sie teilen. Da können wir schon wohl leben."

„Nun, desto besser für euch. Und habt ihr schon die Hausmiete bezahlt?" fragte Philipp.

Der alte Gottlieb zuckte die Achseln.

Philipp legte Geld auf den Tisch und sagte: „Da sind zweiundzwanzig Gulden, die ich erspart habe. Ich kann sie wohl entbehren. Nehmet sie zum Neujahrsgeschenk. So können wir alle drei das neue Jahr wohlgemut und sorgenlos antreten. Gott gebe, daß wir es gesund und fröhlich durchleben. Der Himmel wird ferner für euch und mich sorgen."

Frau Käthe hatte Tränen in den Augen, und küßte ihn. Der alte Gottlieb sagte: „Philipp, du bist wahrhaft der Trost und Stab unseres Alters. Gott wird dirs vergelten. Fahre fort, redlich zu sein und deine Eltern zu lieben. Ich sage dir, der Segen bleibt nicht aus. Zum Neujahr wünsche ich dir nichts, als dein Herz fromm und gut zu bewahren. Das steht in deiner Macht. Dann bist du reich genug. Dann hast du deinen Himmel im Gewissen."

So sprach der alte Gottlieb, ging und schrieb die Summe von zweiundzwanzig Gulden ins große Hausbuch und sagte: „Was du mich als Kind gekostet, hast du beinahe schon alles abbezahlt. Jetzt haben wir aus deinen Ersparnissen schon dreihundert und siebzehn Gulden empfangen und genossen."

„Dreihundert und siebenzehn Gulden!" rief Frau Käthe mit großem Erstaunen. Dann wandte sie sich mitleidig zu Philipp und sagte mit weicher Stimme: „Herzenskind, du jammerst mich. Ja, recht sehr jammerst du mich. Hättest du die Summe für dich sparen und zurücklegen können, so würdest du jetzt ein Stück Land kaufen, für eigene Rechnung Gärtnerei treiben und die gute Rose heiraten können. Das geht nun nicht. Aber tröste dich. Wir sind alt; du wirst uns nicht mehr so lange unterstützen müssen."

„Mutter," sagte Philipp, und runzelte die Stirn ein wenig, „was redest du? Röschen ist mir zwar lieb, wie mein Leben. Aber hundert Röschen gäbe ich für dich und den Vater hin. Ich kann in dieser Welt keine Eltern mehr haben, als euch; aber wenn es sein muß, wohl noch manches Röschen, wenn ich schon unter zehntausend Röschen kein anderes, als Bittners Röschen möchte."

„Du hast Recht, Philipp!" sagte der Alte: „Lieben und Heiraten ist kein Verdienst; aber alte, arme Eltern ehren und unterstützen, das ist Pflicht und Verdienst. Sich selbst opfern mit seinen Leidenschaften und Neigungen für das Glück der Eltern, daß ist kindliche Dankbarkeit. Das erwirbt dir Gotteslohn; das macht dich im Herzen reich."

„Wenn nur," sagte Frau Käthe, „dem Röschen die Zeit nicht zu lang, oder es dir abtrünnig wird! — Denn Röschen ist ein schönes Mädchen, das muß man sagen. Es ist freilich arm; aber an Freiern wird es ihm nicht fehlen. Es ist tugendhaft und versteht die Haushaltung."

„Fürchte dich gar nicht, Mutter!" versetzte Philipp: „Röschen hat mirs feierlich geschworen, sie nehme keinen andern Mann als mich; und das ist genug. Ihre alte Mutter hat eigentlich auch nichts an mir auszusetzen. Und könnte ich heute mein Gewerbe für mich treiben und eine Frau ernähren, morgen hätte ich Röschen am Altar; das weiß ich. Es ist nur verdrießlich, daß die alte Bittnerin uns verbietet, einander so oft zu sehen, als wir gern möchten. Sie sagt, das tue nicht gut. Ich aber finde, und Röschen findet das auch, es tue uns beiden gewiß sehr gut. Auch haben wir verabredet, uns heut um zwölf Uhr vor der Hauptthür der Gregorienkirche zu sprechen; denn Röschen bringt den Silvesterabend bei einer ihrer Freundinnen zu. Dann führe ich sie des Nachts heim."

Unter diesen Gesprächen hörte es im benachbarten Turme dreiviertel. Da nahm Philipp den Nachtwächtermantel seines Vaters vom warmen Ofen, auf den ihn Käthe vorsorglich gelegt hatte, hing ihn um, nahm das Horn und die Stange, wünschte den Eltern gute Nacht und begab sich auf seinen Posten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191802 07-16/fragment/page=0005

mußte, ob sie nun nach Ammendorf oder Merseburg fahren. Im dem Wirrwarr erteilten sie sogar falsche Auskunft. Auf Grund derselben begaben sich die Merseburger in den zuerst abfahrenden Wagen, in dem die Schaffnerin bei dem Billettverkauf nochmals bestätigte, daß der Wagen nach Merseburg fahre. Kurz vor dem Depot bewies ein längeres Stillstehen die Unschlüssigkeit, und an der Bahnhofstraße in Ammendorf hieß es denn auch: „Aussteigen, der Wagen fährt nur bis Ammendorf." Nun hatten mindestens 30 Merseburger das zweifelhafte Vergnügen, über eine Stunde an der Bahnhofstraße zu stehen und ganz gehörig zu frieren, denn vor 9¾ Uhr war keine Straßenbahn aus Richtung Halle zu sehen, während aus Richtung Merseburg der Verkehr funktionierte, Stromunterbrechung mithin ausgeschlossen war. Mit knapper Not kamen dann die sehnsüchtig Wartenden, von denen mehrere schon die Fußwanderung angetreten hatten, mit nach Merseburg. Ihre Mißstimmung gegen die Straßenbahn, die sich in derben Kraftausdrücken Luft machte, war insofern berechtigt, als bei richtiger Auskunft in Halle den Passagieren die Unannehmlichkeiten des langen Wartens in Ammendorf hätten erspart werden können. So fühlten sie sich aber als gefoppt.

* **Rektorenkonferenz in Halle.** Die sechste außerordentliche Konferenz der deutschen Universitätsrektoren findet am 12. und 13. März in Halle statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Beratungsgegenstände: Maßnahmen für den Uebergang aus dem Kriegs- in den Friedenszustand; 2. Reform des studentischen Lebens nach dem Kriege; 3. soziale Fürsorge für die Studentenschaft; 4. studentisches Wohnungswesen; 5. Errichtung studentischer Speisehäuser; 6. Weiterbildung des Auslandsstudiums an den Universitäten und 7. Ausländerstudium an den deutschen Hochschulen.

* **Die mitteldeutschen Großhändlerfirmen der chemischen Industrie** schlossen sich unter dem Namen „Verein der mitteldeutschen Chemikaliengroßhändler" mit dem Sitz in Magdeburg zu einem Interessenverband zusammen.

* **Die Erzeugerhöchstpreise** sind vom 1. Februar an erhöht worden für Weißkohl auf 7 M., Wirsingkohl 10.50 M., rote Möhren 8.25 M., runde kleine Karotten 13.25 M., Rotkohl 11 M., Zwiebeln 15 M., gelbe Möhren 6.25 M. pro Zentner.

* **Wegen Uebertretung des Höchstpreises bestraft.** Nach Mitteilung des Ersten Amtsanwalts ist gegen die Händlerin Berta Reif geb. Mäkel, Friedrichsplatz 4, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichtes wegen Ueberschreitung des Höchstpreises von Mohrrüben eine Geldstrafe von 30 M. oder 6 Tage Gefängnis festgesetzt worden.

* **Freier Verkauf von Kaffee-Ersatz.** Die im Kleinhandel befindlichen Restbestände von Kaffee-Ersatzmitteln sind nunmehr vom Magistrat zum Verkauf freigegeben worden.

* **Die Besitzer von Obstbäumen** werden von der Polizeiverwaltung aufgefordert, ihre Bäume bis zum 15. März von Raupen und Raupennestern gründlich zu reinigen. Diejenigen Besitzer, die die vorschriftsmäßige Reinigung ihrer Bäume unterlassen, haben neben ihrer Bestrafung auf Grund des Strafgesetzbuches die zwangsweise Ausführung der erforderlichen Reinigungsarbeiten auf ihre Kosten zu gewärtigen.

* **Warnung vor schädlichen Waschmitteln.** In der letzten Zeit werden für die Wäsche Stärkemittel in den Handel gebracht, die mit Gips, Schwerspat und ähnlichen schädlichen Mineralien verfälscht sind. Das Publikum wird dadurch getäuscht, daß solche Mittel zwar gut steifen und der Wäsche ein gutes Ansehen geben, diese aber nach kurzer Zeit brüchig und unbrauchbar machen. Ueberdies ist Gips aus der Wäsche infolge seiner Wasserunlöslichkeit nur unter stärkster mechanischer Beanspruchung der Faser herauszuwaschen. Uebermäßiges Reiben der Wäsche schadet aber bekanntlich ebensoviel wie Behandlung mit scharfen Waschmitteln. Das Publikum und die Wäschereien werden gewarnt, solche Mittel zu gebrauchen.

* **Die Hallesche Aktienbrauerei** hat am Mittwoch ihre Generalversammlung abgehalten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Stadtrat Grote, gab Erläuterungen zum Geschäftsbericht. Der Abschluß sei, wenn man die Gewinnziffern ansehe, nicht gerade erfreulich. Dennoch dürfe man die Tatsache nicht übersehen, daß die Brauerei an sich nicht unbefriedigend gearbeitet habe. Das Unternehmen sei aber leider mit einer Anzahl im Augenblick nicht verwertbarer Grundstücke belastet, die das Erträgnis stark beeinflussen. Das Apollo-Theater habe man unlängst zu einem annehmbaren Preise abstoßen können. Der Verkauf werde sich indes erst im nächsten Geschäftsbericht zahlenmäßig ausdrücken. Weiter sei ein Grundstück in Dederstädt verkauft worden. Sobald man mit der Veräußerung weiterer Liegenschaften vorgehen könne, und vielleicht dann noch eine kleine Sanierung vornehme, sei die Gesellschaft auf den Stand gebracht, auf den man sie finanziell zu bringen wünsche. Der Bruttogewinn beträgt 131 104.90 M., hiervon sind abzusetzen: 1. die Annuität Bauer 37 134 M., 2. gemäß den Bestimmungen des Aufsichtsrates für Abschreibungen 84 586.13 M., so daß ein Gewinnsaldo von 9384.77 M. verbleibt, dessen Verteilung wir wie folgt vorschlagen: 5 Proz. Zugang zum Reservefonds 469.24 M., Tantieme und Gratifikation für den Vorstand und die Beamten 6045 M., auf Delcredere-Konto 2870.53 M. Der Geschäftsbericht, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurde genehmigt und dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

* **Umfangreiche Diebstähle.** Gestohlen wurden während der letzten Januarwoche: eine Kiste mit Wein, gez. „K. u. Co. 5039"; ein goldener Damenring mit Smaragd und Brillant in Platinfassung, umgeben von 13 Brillantsplittern; ein goldener Damenring mit Rubin und schwarzer Perle in Platinfassung, umgeben von 12 Brillantsplittern; ein goldener Damenring mit 2 Brillanten; ein goldenes Kettenarmband mit Anhänger in Form eines Glückspilzes; eine hellblaue Pferdedecke mit hellgrünen und gelben Streifen und Schwanzschnur, gez. „Reinicke und Andag"; 22 weißleinene Bettlaken; 15 weißleinene Bettbezüge; 6 weißleinene Ueberschlagbezüge für Steppdecken, teils gestickt und teils mit Einsatz; 11 weißleinene Kopfkissenbezüge mit Einsatz, 13 solche ohne Einsatz; ein weißes Damast-Kaffeegedeck mit Hohlsaum für 18 Personen; ein ebensolches Gedeck in rosaer Farbe; 18 weißleinene Damen-Nachthemden, teils mit Einsatz und teils mit Spitzen; 36 weißleinene Damen-Taghemden, teils mit Einsatz und teils gestickt; 18 weißleinene Damenbeinkleider mit Spitzen oder Stickerei; 18 weißleinene Untertallen, sämtlich weiß gestickt „F. B." im Monogramm; 2 rotkarierte halbleinene Kopfkissenbezüge, rot gez. „F. B." im Monogramm; 2 weißleinene Frisierjacken; 6 weißleinene Herren-Taschentücher mit weißgesticktem Mnongramm „K. B.", ein weißseidenes Brautkleid mit Schleppe, sehr breiter echter Spitze und blauem seidenen Gürtel; ein schwarzer Smokinanzug mit der Firma „Gottschlich, Halle", das Jackett mit schwarzseidenen und die Aermel mit lilaseidenem Futter; ein moderner schwarzer Herren-Winterulster; ein hellgrauer Saccoanzug; ein Cutaway-Rock und Weste, Marengofarbe; 3 gestreifte Stoffhosen, sämtlich mit der Firma „S. Weiß, Halle"; ein neuer schwarzer Gehrockanzug aus weichem Tuch; ein getragener schwarzer Gehrockanzug; 2 Paar Herrenschnürstiefel; ein ungebrauchtes braunledernes Reisenecessaire mit Inhalt; Schuhcreme und Schnürsenkel, je etwa ein Dutzend.

* **Vereitelter Diebstahl.** Während der Nacht zum Mittwoch wurden in der Kaiserstraße ein Paar in einem Stalle untergebrachte Ziegen im Werte von 500 M. von bisher unbekannten Tätern abgeschlachtet, außerdem ein in einer Werkstatt befindlicher Schrank erbrochen. Anscheinend wurden aber die Diebe gestört, da sie ihre Beute am Tatorte zurückließen.

* **Wegen Diebstahls und Hehlerei** hatten sich jetzt die unverehelichte Lina Balthasar, Frau Therese Thormann und ihre Tochter Elli Thormann vor der Strafkammer zu verantworten. Die Angeklagte B. hatte in verschiedenen Gasthäusern unter falschem Namen genächtigt und beim Fortgange verschiedene Wäschestücke mitgehen heißen, wie Kopfkissenbezüge, Bettbezüge, ein Bettuch und eine Tischdecke; außerdem hatte sie einem Drehorgelspieler eine Brieftasche mit 40 Mark Inhalt gestohlen. Die Wäschestücke hatte sie an die beiden andern Angeklagten verkauft. Die noch nicht bestrafte B. wurde wegen Diebstahls in 8 Fällen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt; der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Gegen die Angeklagte Therese Th. beantragte der Staatsanwalt wegen gewerbsmäßiger Hehlerei ein Jahr Zuchthaus und sofortige Verhaftung. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Die Angeklagte Elli Th. kam wegen einfacher Hehlerei in vier Fällen mit zwei Monaten Gefängnis davon.

Ammendorf. Noch unermittelt. Zur Auffindung einer weiblichen Leiche im Hochwasser bei Burg in der Aue, über die wir kürzlich berichteten, wird ergänzend mitgeteilt, daß die Persönlichkeit der Toten bisher nicht festgestellt werden konnte. Die gerichtliche Leichenöffnung hat ergeben, daß die Stich- und Schnittwunde am Halse den Kehlkopf und die Speiseröhre durchtrennt hat und daß diese Verletzung tödlich gewesen ist. Da die Tote in den umliegenden Ortschaften unbekannt ist, so muß angenommen werden, daß sie die Elster abwärts getrieben ist oder daß die Frau in unsre Gegend verschleppt und getötet worden ist. Das letztere ist wahrscheinlich. Das Alter der Toten wird auf 30 bis 40 Jahre geschätzt.

Osendorf. Neue Kohlenabbauten. Die Riebeckschen Montanwerke haben vor einiger Zeit die Ziegeleien der Firmen Gottschalk und Menk erworben. Die Gottschalksche Ziegelei wird demnächst abgebrochen, damit die darunter stehende Kohle abgebaut werden kann. Es handelt sich um große Kohlenmengen, die auf dem Wege des Tagebaues gewonen werden sollen. Die frühere Menksche Ziegelei wird zum Frühjahr in Betrieb gesetzt.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, wird das Lustspiel „Jugendfreunde" gegeben, Freitag die Oper „Othello" von Verdi. Sonnabend nachmittag gelangt als Schülervorstellung bei kleinen Preisen „Nathan der Weise" zur Aufführung. Sonnabend abend 8 Uhr ist Sinfonie-Konzert (Solist Franz von Vecsey). Am Sonntag nachmittag geht als Volksvorstellung das Lustspiel „Die Komödie der Irrungen" in Szene, abends 7 Uhr „Die Walküre". Der Vorverkauf für die Montag-Vorstellung „Das Dreimäderlhaus" beginnt am Donnerstag vormittag.

Aus der Provinz.

Neue Liebesgabe an die Kartoffelbauern.

Dieser Tage hat der preußische Landwirtschaftsminister einige Mitteilungen über Prämien an Kartoffelerzeuger gemacht, nach denen eine abermalige Liebesgabe an diese Erzeuger gezahlt werden soll. Diese Liebesgabe sieht folgendermaßen aus:

Als Grundlage der Prämie dient die Menge des verwandten Saatgutes. Für den Morgen (ein Hektar gleich vier Morgen) werden zehn Zentner gerechnet. Derjenige Besitzer, der im Vorjahre nur 20 Morgen mit Kartoffeln bebaut hat, in diesem Jahre aber 30 Morgen zur Kartoffelerzeugung verwendet, bekommt eine Prämie für 100 Zentner im Betrage von 315 M. Die Prämie für den Morgen beträgt 35 Mark, wovon zehn Prozent abgezogen werden, da im letzten Jahre die Kartoffelanbaufläche zu gering angegeben worden ist. Es darf nur anerkanntes Saatgut verwandt werden. Wird die Anbaufläche um zwei Millionen Morgen vermehrt, so erhalten die Landwirte 70 Millionen Mark an Prämien. Und dabei sollen der hohe Preis und die alten Liebesgaben, wie Anfuhr- und Schnelligkeitsprämie bestehen bleiben!

So wird für die Landwirte gesorgt. Wird das jetzige System nicht geändert, so hat der Verbraucher keine Garantie, daß er mehr Kartoffeln erhält, denn ein großer Teil wird auf dem Wege des Schleichhandels umgesetzt oder verfüttert. Daß die Vermehrung der Kartoffelanbaufläche auf Kosten der Getreideerzeugung geschieht, ist selbstverständlich, so daß die Verbraucher durch diese Prämienwirtschaft doppelt geschädigt werden. Hier hilft nur der Anbauzwang und eine gründliche Erfassung der geernteten Mengen.

Warnung vor ausländischem Samen.

In letzter Zeit werden von mehreren Seiten bulgarische und rumänische Gemüsesamen angeboten. In den meisten Fällen sind Ursprung und Züchter nicht zu ermitteln, und es ist somit keinerlei Gewähr für die Qualität des Samens gegeben. Außerdem sind die unter andern klimatischen Verhältnissen gewonnenen Samen für den deutschen Anbau meist ganz ungeeignet. Der Balkan hat im allgemeinen wenig Regen und viel Sonne. eBi uns ist das Gegenteil der Fall. Beispielsweise bildet bulgarischer Kopfkohlsamen auf deutschem Boden meist keinen Kopf, sondern schießt ins Kraut. Bei andern Gemüsearten verhält es sich ebenso. Dem deutschen Anbauer muß aber unter allen Umständen daran gelegen sein, guten Samen zu erhalten, damit er und mit ihm die Allgemeinheit vor schweren Schädigungen bewahrt bleibt. Es wird daher nachdrücklichst davor gewarnt, Gemüsesamen zu kaufen, bei dem nicht durch Herkunft und Lieferanten die Güte der Ware verbürgt ist.

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Zeit vom 10. bis 16. Februar werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 50 Gramm Graupen zum Preise von 4 Pf. auf Bezugschein Nr. 67, 50 Gramm Haferflocken zum Preise von 5 Pf. auf Bezugschein Nr. 68, 250 Gramm Marmelade zum Preise von 45 Pf. auf Bezugschein Nr. 69, 150 Gramm gebrannte Gerste zum Preise von 16 Pf. auf Bezugschein Nr. 70. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag, 14. Februar bis Sonnabend, 16. Februar. — Sonnabend, 9. Februar wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen Molkerei- und Landbutter ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke und auf jede Zusatzfettmarke mit dem roten Ausdruck K. S. und + 50 Gramm zum Preise von 31 Pf.

— Preiserhöhung für Krankenbrot. Da die Reichsgetreidestelle den Kommunalverbänden für Krankenzwecke zur Zeit ein erheblich besseres Mehl, das entsprechend teurer ist (Auszugmehl) zur Verfügung gestellt hat, mußte der Preis für das Krankenbrot entsprechend erhöht werden. Er ist mit Wirkung vom 4. Februar für das 1950 Gramm schwere Krankenbrot auf 1.10 M. festgesetzt worden. Als Krankenmehl wird nur noch Auszugsmehl zum Preise von 34 Pfennig je Pfund abgegeben.

— Jugendliche Diebe. Bei Einbrüchen im Leunawerk und benachbarten Ortschaften erbeuteten drei aus Ammendorf und Radewell gebürtige Burschen im Alter von 17 Jahren Bargeld, Brot- und Eßmarken, Kaninchen, Schuhe und andere Gegenstände. Das Einbrechertrio wurde hier verhaftet, wobei ihm das Diebesgut wieder abgenommen werden konnte.

Merseburg. Die Fernbahn Merseburg—Mücheln ist am Dienstag offiziell dem Betrieb übergeben worden. Die Betriebswagen rücken um 5½ Uhr aus dem Depot Frankleben aus, um die erste Fahrt einerseits von Merseburg, anderseits von Mücheln aus pünktlich um 6 Uhr zu beginnen. Im Laufe des Tages stellte sich auf der ganzen Strecke ein lebhafter Verkehr ein. Der Fahrplan ist vorläufig so einfach wie möglich gehalten, damit in ausreichender Weise Erfahrungen gesammelt werden können. Hiernach erfolgt die weitere Anpassung an das Verkehrsbedürfnis.

Weißenfels. Wäschediebstahl. Die Polizeiverwaltung gibt jetzt erst bekannt: In der Nacht zum 30. v. M. sind aus dem Grundstück Schloßgasse 12, von der Wäscheleine ein bunter Bettbezug, ein weißes Bettlaken, ein weißwollener Herrenschwitzer, vier Paar graue Herrenstrümpfe und zwei Paar graue Damenstrümpfe gestohlen worden. Angaben erbittet die Polizei-Inspektion.

Naumburg. Neubestellung von überschwemmten Ländereien. Landwirte, die durch die Saaleüberschwemmungen gezwungen sind, die betreffenden Ländereien neu zu bestellen, werden aufgefordert, die Höhe des erforderlichen Mehraufwandes an Saatgut mündlich oder schriftlich binnen 14 Tagen der Verwaltungsabteilung des Lebensmittelamtes mitzuteilen.

Zeitz. Grubenbrand. An einem der letzten Abende nach 10 Uhr wurde die Zeitzer Bewohnerschaft durch langanhaltendes Pfeifen einer Grubennotpfeife in Aufregung versetzt. Wie mitgeteilt wird, ist die Seilbahnstation der Grube Kurt bei Streckau abgebrannt. Das Feuer konnte rasch gelöscht werden, so daß es nicht weiter um sich griff.

— Ermittelt. In der Nacht zum Sonntag sind aus dem Waschhaus Elsterstraße 4 zwei Körbe mit schmutziger Wäsche gestohlen worden, gezeichnet E. R. Derjenige, der zur Erlangung des Täters sachdienliche Mitteilung machen könnte, sollte 300 M. Belohnung erhalten, so gab die Bestohlene, Frau Dr. Radewald, bekannt. Dieser Diebstahl ist von unserer Kriminalpolizei rasch aufgeklärt worden. Als Täterin kommt eine in der Rahnestraße wohnende Frau in Betracht.

— Der Kleinverkaufspreis für Pökelknochen ist auf 1.10 M. für 1 Pfund festgesetzt worden. Dieser Preis ist Höchstpreis im Sinne des Gesetzes, seine Ueberschreitung unterliegt den gesetzlichen Strafen. Die Anrechnung von Pökelknochen auf die Fleischkarte erfolgt nur mit dem halben Gewicht.

Wittenberg. Gesuche um Beihilfen zu Konfirmationskleidung können bei dem diesjährigen frühen Einsegnungstermin nur bis zum 10. Februar entgegengenommen werden. Berücksichtigt werden nur wirklich Bedürftige. Die Kleidung selbst wird lediglich den städtischen Pflegekindern und Kindern laufend Armenunterstützung empfangender Familien gewährt; im übrigen werden nur Geldbeihilfen gewährt. Nach Ablauf des Termins eingehende Gesuche bleiben ausnahmslos unberücksichtigt.

— Stroh- und Heuauflage. Der Magistrat gibt bekannt: Vom Kriegsausschuß ist uns nochmals die Lieferung einer größeren Strohmenge aufgegeben worden. Wir werden die Lieferung auf die einzelnen Landwirte in möglichst wenig drückender Weise so verteilen, daß von den einzelnen Besitzern nur 1 bis 5 Zentner abzuliefern sind, die aber unbedingt und zwar sofort an das Proviantamt hier abgeliefert werden müssen. Schriftliche Aufforderungen folgen. Gesuche um Befreiung von der Lieferung sind zwecklos. Diejenigen Landwirte, die bereits früher Stroh abgeliefert haben, wollen den Lieferungstermin sofort in Zimmer 8 des Rathauses, 1 Treppe, vorlegen. Gleichzeitig erinnern wir diejenigen Landwirte, die noch mit der Heuabgabe im Rückstande sind, an sofortige Ablieferung. Verspätete Ablieferung zieht Herabsetzung des Preises nach sich. Auch die weiteren Gesuche um Befreiung der Heuabgabe können nicht berücksichtigt werden.

Torgau. Von der Elbschiffahrt wird berichtet, daß der Betrieb wie auf andern Wasserstraßen ebenfalls in Gang kam und daß die verminderten Ladungen bereits an den bezüglichen Bestimmungsplätzen eingegangen sind. Mit der Wiederaufnahme der Braunkohlenverladungen aus Böhmen ist demnächst zu rechnen, obgleich ja die Mengen nicht sehr groß sein werden. Ebenso ist zu erwarten, daß mit der Wiederaufnahme der Schiffahrt die Bahnsperren für Wagenladungen und Frachtstückgut, wie sie vorher bestanden, wieder eintreten.

Eisleben. Anmeldung zur Knaben-Volksschule. Die Anmeldung der zu Ostern schulpflichtig werdenden Kinder findet Sonnabend, den 9. Februar, von nachmittags 2 Uhr an im Saale der Grabenschule statt. Schulpflichtig werden die Knaben, die in der Zeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912 geboren sind. Die im Vorjahre zurückgestellten Kinder müssen erneut gemeldet werden. Tauf- und Impfscheine sind vorzulegen. Die Einschreibegebühr beträgt 25 Pf.

Eisleben. Diebstähle. Vor etlichen Tagen wurden einer Anwohnerin in der Grabenstraße durch Einsteigen in die Wohnung 100 M. und ein grüner, außerhalb Eislebens ausgestellter Bezugsschein für ein Paar Schuhe gestohlen. — Erwischt wurden in den letzten Tagen 5 hiesige Frauen, die auf dem hiesigen Bahnhofe Braunkohlen-Briketts gestohlen hatten. — Durch Einbruch wurden einem hiesigen Landwirt kürzlich 15 Säcke gestohlen. — Mitte Dezember vorigen Jahres wurden einem hiesigen Gärtner aus seinem auf dem Breiten Wege gelegenen Bodenräumen ungefähr 8 Zentner Saatbohnen im Werte von 2400 M. entwendet. Die Räume waren gewaltsam geöffnet. Als Täter sind jetzt vier hier wohnende Bergleute ermittelt worden, die die gestohlenen Bohnen zum größten Teil nach auswärts für sehr hohe Preise verkauften.

Gewerkschaftliches.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte im Jahre 1917 die größte Zunahme an Mitgliedern seit seinem Bestehen. Die Mitgliederzahl am Jahresschluß betrug 388 000 gegen 248 000 im Jahre 1916. Die Zunahme beträgt 140 000 oder über die Hälfte der vorherigen Mitgliederzahl. Im Felde stehen 319 000 Mitglieder. Rechnet man sie in die Mitgliederzahl ein, so hat der Deutsche Metallarbeiterverband über 700 000 Mitglieder. Er ist damit nicht nur die größte Gewerkschaft Deutschlands, sondern der ganzen Welt.

Die Buchdrucker und der Krieg. Der Korrespondent, das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, erwähnt, daß bis jetzt 5000 Verbandsmitglieder das Eiserne Kreuz II. Klasse und 50 das Eiserne Kreuz I. Klasse erhalten haben. Die Inhaber von Kriegsauszeichnungen machen 8,6 Prozent der Zahl der Eingezogenen aus. Leider ist die Zahl der Toten, die der Verband hat, ebenfalls auf 5000 angewachsen, und noch größer ist die Zahl derer, die invalide heimgekehrt sind. Der Korrespondent sagt zu diesen Zahlen, daß aus ihnen hervorgehe, wie die Verbandskollegen auch draußen am Feind ihren Mann stellen. Sie würden in der gewerkschaftlichen und politischen Heimarmee ebenso tapfere Kämpfer sein und auch im Kampf um ein besseres Deutschland sich ehrenvolle Auszeichnungen vor dem Gegner holen.

Urabstimmung im Gemeindearbeiter-Verband. Zur Besserung seiner Finanzen hatte der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter den Mitgliedern die Frage vorgelegt, ob vom 1. April 1918 an eine weitere Beitragserhöhung um 10 Pf. Platz greifen oder die Krankenunterstützung herabgesetzt werden sollte. An der Urabstimmung nahmen 24 026 Mitglieder teil. Von den 13 789 gültigen Stimmen waren 12 073 für Beitragserhöhung und nur 1716 für die Einschränkung der Verbandsleistungen. 85 Prozent der Stimmen haben also die Beitragserhöhung genehmigt, die damit beschlossen ist.

Soziales.

Unterbewertung geistiger Arbeit. Es wird uns geschrieben: Eine der bedauerlichsten Zeiterscheinungen ist die schlechte Bezahlung der Kopfarbeiter. Sie war schon vor dem Kriege vorhanden, ist aber durch verschiedene Ursachen während des Krieges in gefahrdrohender Weise gesteigert worden. Zu einem guten Teil tragen die Behörden daran schuld, die die Arbeit der „Kriegsaushelfer", nach einem Tagelohnsatz bewerten, der etwa der Hälfte des Tagelohnes eines ungelernten Arbeiters entspricht, obwohl diese „Aushelfer" ebensoviel arbeiten müssen, wie die Beamten. Mit dieser schlechten Bezahlung muß endlich gebrochen werden, zumal sie im Gegensatz zu den heutigen Teuerungsverhältnissen steht. Wie sehr die Dinge im argen liegen, zeigt die Tatsache, daß einem älteren, verheirateten Mitglied des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig von der Einberufungsstelle für den vaterländischen Hilfsdienst eine Stelle bei der Gemeindeverwaltung Holzhausen zugewiesen wurde mit einer wöchentlichen Bezahlung von 15—20 M. = 65 bis 86 M. monatlich. Die Gemeinde verlangt für dieses „Gehalt" genaue Kenntnis des gesamten Gemeindewesens und der Lebensmittelkartenverteilung, ferner soll der Betreffende die Verwaltung und die Dienstgeschäfte der umfangreichen Postagentur mit übernehmen. Die Arbeitszeit beträgt täglich 10 Stunden, sogar Sonntagsarbeit wird verlangt. Selbstverständlich soll dieser Beamte auch die Verantwortung tragen und das alles für eine Bezahlung, die man jetzt nicht einmal einem fünfzehnjährigen Laufburschen bietet. Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen hat wiederholt bei den maßgebenden Stellen in Staat und Gemeinde gegen das schlechte Beispiel, das die Behörden geben, Einspruch erhoben. Da aber alle Vorstellungen anscheinend nichts fruchten, so bleibt nichts weiter übrig, als die Einzelfälle der öffentlichen Kritik zu unterbreiten. Die zuständige Kriegsamtstelle ist außerdem gebeten worden, darauf hinzuwirken, daß der Einberufungsausschuß vor Zuweisung von Stellen prüft, ob das angebotene Gehalt den Zeitverhältnissen entspricht. Die von der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände aufgestellten Mindestgehaltssätze können hierbei als Richtschnur dienen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180207-16/fragment/page=0006